

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 851**5 octobre 2001****SOMMAIRE**

Asset Life, Sicav, Strassen	40844	Fausta Participations S.A., Luxembourg	40846
Avin Holdings S.A., Luxembourg	40848	General Management, Sicav, Luxembourg	40845
B.A.R.T. S.A.H., Luxembourg	40847	Genoscience S.A., Luxembourg	40831
Besthold S.A.H., Luxembourg	40846	Globaltrad S.A.H., Luxembourg	40846
BF Meat, S.à r.l., Luxembourg	40842	Golem International S.A., Luxembourg	40835
BNP Inter Futures, Sicav, Luxembourg	40843	Immo Market Consulting, S.à r.l., Luxembourg . .	40801
BNP Portfolio, Sicav, Luxembourg	40843	Lux Delivery S.A., Schouweiler	40838
Bruphi S.A.H., Luxembourg	40845	NordLux Pro Fondsmanagement	40811
CB VV Europe Basket	40802	NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro	
Christiania, Sicav, Luxembourg	40824	100	40823
CL Earth Fund, Sicav, Luxembourg	40842	NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro	
Compagnie Gruppo Mediobanca, Sicav, Luxembourg	40847	30	40821
Crédit Agricole Funds, Sicav, Luxembourg	40824	NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro	
Cumulus Reinsurance Company S.A., Luxembourg	40841	60	40822
Cumulus Reinsurance Company S.A., Luxembourg	40841	Parfinlux S.A.H., Luxembourg	40842
Direct Constructions, S.à r.l., Hellange	40834	Pro-Com Studio S.A., Luxembourg	40848
Eurtech Finance S.A.H., Luxembourg	40844	Quatingo Holding S.A., Luxembourg	40842
Exatis, Sicav, Luxembourg	40848	S.A.D.E.M. S.A.H., Société Anonyme des Entre-	
Farina European Invest S.A., Luxembourg	40847	prises Minières, Luxembourg	40844
		Société Financière de Participation Piguier, Lu-	
		xembourg	40843
		Titlis Participations S.A.H., Luxembourg	40842

IMMO MARKET CONSULTING, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 1, rue Henri Schnadt.

R. C. Luxembourg B 43.458.

Constituée par-devant M^e Georges d'Huart, notaire de résidence à Pétange, en date du 3 mars 1993, acte publié au Mémorial C n° 290 du 16 juin 1993, modifiée par-devant le même notaire le 3 février 1998, acte publié au Mémorial C n° 362 du 19 mai 1998

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Luxembourg, le 8 mars 2001, vol. 550, fol. 51, case 6, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait sincère et conforme

Pour IMMO MARKET CONSULTING, S.à r.l.

KPMG Experts Comptables

Signature

(18693/537/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

CB VV EUROPE BASKET, Fonds Commun de Placement.**WERWALTUNGSREGLEMENT**

Art. 1. Der Fonds. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement) nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg. Dabei handelt es sich um ein Sondervermögen (im folgenden «Fondsvermögen» genannt) aller Anteilhaber, bestehend aus Organismen für Gemeinsame Anlagen («Zielfonds»), und zwar insbesondere aus Aktienfonds, Rentenfonds und geldmarktnahe Fonds sowie auch Geldmarktfonds, flüssigen Mitteln, Festgeldern und sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, welches im Namen der Verwaltungsgesellschaft für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber (im folgenden «Anteilhaber» genannt) durch die ADIG-INVESTMENT LUXEMBURG S.A., eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg, mit Sitz in Luxemburg-Stadt (im folgenden «Verwaltungsgesellschaft» genannt) unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird.

Die Anteile des Fonds werden in Globalurkunden verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Das Vermögen des Fonds, das von der COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A. (société anonyme) als Depotbank (im folgenden «Depotbank» genannt) verwahrt wird, ist von dem Vermögen der Verwaltungsgesellschaft getrennt zu halten.

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen jeweils gültige Fassung im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (im folgenden «Mémorial» genannt), veröffentlicht ist.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft. Der Fonds wird - vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen in Artikel 4 dieses Verwaltungsreglements - durch die Verwaltungsgesellschaft im eigenen Namen, aber ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber, verwaltet. Diese Verwaltungsbefugnis erstreckt sich namentlich, jedoch nicht ausschließlich, auf den Kauf, den Verkauf, den Umtausch und die Annahme von Organismen für Gemeinsame Anlagen (Zielfonds) und sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten sowie auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds zusammenhängen. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der Anlagebeschränkungen des Artikels 4 dieses Verwaltungsreglements fest.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellte mit der täglichen Geschäftsführung betrauen. Für den Fonds insgesamt wird ein beratender Anlageausschuß gebildet.

Darüber hinaus kann die Verwaltungsgesellschaft unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten einen oder mehrere Fondsmanager hinzuziehen.

Soweit gesetzlich zulässig ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Anteilhaber nicht aus.

Art. 3. Die Depotbank. Die Bestellung der Depotbank erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft.

Die Verwaltungsgesellschaft hat die COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A. (société anonyme), Luxemburg, zur Depotbank für den Fonds bestellt. Die Depotbank hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg. Sie ist ermächtigt, sämtliche Bankgeschäfte im Großherzogtum Luxemburg zu betreiben.

Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem luxemburgischen Gesetz über Organismen für gemeinsame Anlagen, dem zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank abgeschlossenen Depotbankvertrag und diesem Verwaltungsreglement.

Die Depotbank oder die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine Kündigung durch die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank wird wirksam, wenn eine von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigte Bank im Großherzogtum Luxemburg die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Falls eine Kündigung durch die Depotbank erfolgt, wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich jedoch vor Ablauf einer Frist von zwei Monaten eine neue Depotbank ernennen, welche die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zur Bestellung einer neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß diesem Verwaltungsreglement in vollem Umfang nachkommen.

Alle Anteile an Zielfonds, flüssigen Mitteln, Festgelder und sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte, welche das Vermögen des Fonds insgesamt darstellen, werden von der Depotbank für die Anteilhaber in separaten gesperrten Konten oder Depots getrennt für den Fonds verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit dem Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Anteilen an Zielfonds und Wertpapieren des Fonds beauftragen, sofern diese Anteile an Zielfonds und Wertpapiere an einer ausländischen Börse oder an einem anderen im Ausland befindlichen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden oder nur im Ausland lieferbar sind.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Die Depotbank hat jedoch die Weisungen der Verwaltungsgesellschaft auszuführen, sofern diese nicht gegen gesetzliche Vorschriften, dieses Verwaltungsreglement, den Depotbankvertrag oder den jeweils gültigen Verkaufsprospekt verstoßen. Sie wird entsprechend den Weisungen insbesondere

- Anteile des Fonds auf den Anteilserwerber gemäß Artikel 6 dieses Verwaltungsreglements unverzüglich und unmittelbar übertragen;
- aus den separaten gesperrten Konten den Kaufpreis für die Anteile an Zielfonds und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für das Vermögen des Fonds erworben worden sind;
- aus den separaten gesperrten Konten Zahlungen leisten im Rahmen von Währungskurssicherungsgeschäften sowie von Tauschgeschäften (Swaps);
- aus den separaten gesperrten Konten bzw. Depots die notwendigen Einschüsse beim Abschluß von Finanzterminkontrakten sowie gegebenenfalls beim Abschluß von Optionsgeschäften leisten;
- die Anteile an Zielfonds sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte, die für den Fonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises aus dessen separaten gesperrten Depots ausliefern oder die Auslieferung veranlassen bzw. diese übertragen oder übertragen lassen;
- aus den separaten gesperrten Depots des Fonds den Sperr- bzw. Lieferverpflichtungen nachkommen, die Vermögenswerte des Fonds betreffen und die sich aus Optionsgeschäften, aus dem Abschluß von Finanzterminkontrakten, von Wertpapierleihgeschäften, von Wertpapierpensionsgeschäften, von Währungskurssicherungsgeschäften sowie von Tauschgeschäften für das Vermögen des Fonds sowie gegebenenfalls der Vermögenswerte der Zielfonds ergeben;
- den Rücknahmepreis gemäß Artikel 9 dieses Verwaltungsreglements gegen Rückübertragung und Aufhebung der entsprechenden Anteile unverzüglich und unmittelbar auszahlen.

Die Depotbank wird dafür Sorge tragen, daß:

- alle Vermögenswerte des Fonds unverzüglich und unmittelbar auf den separaten gesperrten Konten oder Depots für den Fonds verbucht werden, insbesondere sämtliche anfallenden Erträge, Entgelte für Wertpapierleihgeschäfte und von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich der Verkaufsprovision und jeglicher eventueller Ausgabesteuern;
- bei allen Geschäften, die sich auf das Vermögen des Fonds beziehungsweise gegebenenfalls auf das Vermögen der Zielfonds beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen auf den separaten gesperrten Konten bzw. Depots des Fonds eingeht. Hierzu zählen insbesondere Lieferungen bei Ankauf von Vermögenswerten für den Fonds sowie folgende eingehenden Zahlungen und Lieferungen: Zahlungen im Rahmen von Währungskurssicherungsgeschäften sowie Tauschgeschäften, Lieferungen im Rahmen von Tauschgeschäften;
- das Vorhandensein ausreichender flüssiger Mittel überwacht wird, um Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Put-Optionen für das Vermögen des Fonds jederzeit nachkommen zu können;
- die Erträge des Vermögens des Fonds den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements gemäß verwendet werden;
- der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme, die Auszahlung und die Aufhebung der Anteile, die für Rechnung des Fonds oder durch die Verwaltungsgesellschaft vorgenommen werden, den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements gemäß erfolgen;
- die Berechnung des Netto-Vermögenswertes des Fonds und des Wertes der Anteile gemäß den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements erfolgt;
- Anteile an Zielfonds, Wertpapiere und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte höchstens zum Tageskurs gekauft und mindestens zum Tageskurs verkauft werden;
- nicht an einer Börse notierte Wertpapiere, verbriefte Rechte und Optionen sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements angemessen ist und die Gegenleistung im Falle der Veräußerung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;
- Anteile an Zielfonds und Wertpapiere zu einem zuvor vereinbarten Basispreis erworben oder verkauft werden, wenn dies in Ausübung eines einem Dritten eingeräumten, gesetzlich zulässigen Optionsrechts geschieht;
- die gesetzlichen und im Rahmen dieses Verwaltungsreglements festgelegten Beschränkungen bezüglich der Rechte und Verpflichtungen, die aus dem Kauf und Verkauf von Optionen und Finanzterminkontrakten sowie aus Währungskurssicherungsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, Wertpapierpensionsgeschäften und Tauschgeschäften für das Vermögen des Fonds sowie gegebenenfalls das Vermögen der Zielfonds entstehen, eingehalten werden.
- die Auflösung des Fonds den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements gemäß erfolgen.

Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den separaten gesperrten Konten des Fonds nur die in diesem Verwaltungsreglement (Artikel 11) festgesetzte Vergütung. Die Depotbank entnimmt den separaten gesperrten Konten nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft die ihr gemäß diesem Verwaltungsreglement zustehende Vergütung. Die in Artikel 11 dieses Verwaltungsreglements aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

- Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft geltend zu machen; dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilinhaber nicht aus;
- gegen Vollstreckungsmaßnahmen von Dritten Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Soweit gesetzlich zulässig, ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Anteilinhaber nicht aus.

Art. 4. Anlagepolitik und Anlagegrenzen. Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines hohen Wertzuwachses. Dabei wird das Vermögen des Fonds unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Risikostreuung angelegt.

Um das Anlageziel zu erreichen, ist beabsichtigt, das Vermögen des Fonds zum größten Teil in Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs («Zielfonds») anzulegen, nämlich insbesondere in Aktienfonds, Rentenfonds und geldmarktnahe Fonds sowie auch in Geldmarktfonds. Darüber hinaus ist die Anlage in flüssigen Mitteln, Festgeldern und in sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten vorgesehen, wobei die Anlage in flüssigen Mitteln und Festgeldern auf Ausnahmefälle beschränkt bleibt.

Der Fonds darf nur in solche Zielfonds anlegen, die der EG-Richtlinie (85/611/EWG) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) vom 20. Dezember 1985 entsprechen beziehungsweise vergleichbaren Vorschriften unterliegen, in Geldmarktfonds gemäß Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 (loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif) über Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA) oder gemäß Zweiter Abschnitt des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) der Bundesrepublik Deutschland vom 16. April 1957 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1994.

Der Fonds wird in solche Zielfonds investieren, deren Ursprungsländer der Europäischen Gemeinschaft angehören, in Zielfonds nach dem Recht der Schweiz, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Hongkongs und Japans sowie bis zu 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in andere Fonds.

Der Fonds wird ausschließlich in solche Zielfonds investieren, deren Emittenten eine erstklassige Bonität aufweisen.

Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Einschränkungen dürfen für den Fonds Techniken und Instrumente, die Wertpapiere zum Gegenstand haben oder die zur Deckung von Währungs- oder Zinsrisiken der Vermögenswerte des Fonds sowie der Vermögenswerte der Zielfonds dienen, eingesetzt werden. Dazu gehören auch Zinssicherungsvereinbarungen (forward rate agreements), die mit Finanzinstituten erstklassiger Bonität, die sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert haben, getätigt werden.

Sonstige Regeln für die Anlagepolitik

A.

1. Das Vermögen des Fonds wird überwiegend in Zielfonds angelegt, wobei eine Konzentration des Vermögens auf nur einen Zielfonds nicht zulässig ist.

2. Das Vermögen des Fonds darf bis zu 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in Zielfonds angelegt werden, die in ihrem Ursprungsland nicht einer ständigen Aufsicht unterliegen, welche dort durch eine gesetzlich und zum Schutz des Anlegers eingerichtete Aufsichtsbehörde gewährleistet wird. Dabei darf der Fonds bis zu 10 v.H. des Fondsvermögens eines dieser Zielfonds erwerben.

3. Daneben darf das verbleibende Vermögen des Fonds in anderen gesetzlich zulässigen Anlagen investiert sein.

4. Der Fonds kann bis zu 100 v.H. seines Netto-Fondsvermögens in Zielfonds anlegen.

Vorbehaltlich der weiter unten im Punkt D. 4. aufgeführten Anlagegrenzen dürfen Schuldscheindarlehen, das heißt Forderungen aus Gelddarlehen im Sinne dieses Verwaltungsreglements, für das Vermögen des Fonds nur erworben werden, sofern diese Forderungen nach dem Erwerb für den Fonds mindestens zweimal abgetreten werden können.

B. Vorbehaltlich der weiter unten angeführten Anlagegrenzen müssen Wertpapiere sowie Wertpapieren gleichgestellte Organismen für gemeinsame Anlagen des geschlossenen Typs, in welchen der Fonds anlegt:

1. an einer Wertpapierbörse eines Mitgliedstaates der Europäischen Union (im folgenden «EU») notiert werden;

2. an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der EU, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;

3. an einer Wertpapierbörse eines Staates außerhalb der EU amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Staates außerhalb der EU, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden.

Soweit es sich um Wertpapiere aus Neuemissionen handelt, müssen die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten:

- daß die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird, und zwar an den Börsen oder geregelten Märkten eines Mitgliedstaates der EU oder eines Staates außerhalb der EU;

- und daß die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

C. Ferner darf das Vermögen des Fonds angelegt werden

1. bis zu 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in anderen Wertpapieren als solchen, die in Artikel 4 B. 1. bis 3 aufgezählt sind;

2. bis zu 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in verbrieften Rechten, z.B. Geldmarktpapieren, welche ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können (insbesondere durch ihre Übertragbarkeit, Veräußerbarkeit und periodische Bewertbarkeit) und deren Restlaufzeit 12 Monate überschreitet;

3. neben den Wertpapieren und sonstigen gleichgestellten Vermögenswerten flüssige Mittel halten oder als Festgelder anlegen. Regelmäßig gehandelte Geldmarktpapiere mit einer Restlaufzeit von bis zu 12 Monaten werden zu diesem Zweck als flüssige Mittel angesehen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann außerdem Anlagen in anderen Währungen als der des Fonds bis zu 100 v.H. des Netto-Fondsvermögens des Fonds vornehmen, sofern diese zur Vermeidung von Währungsrisiken durch Währungskurssicherungsgeschäfte abgesichert werden.

D. Der Verwaltungsgesellschaft ist es nicht gestattet:

1. das Netto-Fondsvermögens überwiegend in ein und denselben Zielfonds anzulegen.

2. mehr als 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in Zielfonds anzulegen, die in ihrem Ursprungsland nicht einer ständigen Aufsicht unterliegen, welche dort durch eine gesetzlich und zum Schutz des Anlegers eingerichtete Aufsichtsbehörde gewährleistet wird.

3. Zielfonds zu erwerben, die in Immobilien, Futures, Venture Capital-Gesellschaften oder die in Organismen für gemeinschaftliche Anlagen investieren.

4. mehr als 10 v.H. des Netto-Fondsvermögens in Schuldscheindarlehen gemäß Absatz A. anzulegen;
5. Edelmetalle oder Zertifikate über diese zu erwerben;
6. mehr als 10 v.H. des Nettovermögens des Fonds in Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten anzulegen, mit der Maßgabe, daß der Gesamtwert der Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente von Emittenten, in deren Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten mehr als 5 v.H. des Nettovermögens des Fonds angelegt sind, 40 v.H. des Wertes des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigen darf.

Die vorerwähnte Grenze von 10 v.H. kann auf höchstens 35 v.H. angehoben werden, wenn die Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Staat außerhalb der EU oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden.

Die unter Ziffer 6., Unterabsatz 1 genannte Grenze von 10 v.H. kann höchstens 25 v.H. betragen für verschiedene Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten ausgegeben sind, welche ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der EU haben und dort einer speziellen Aufsicht unterliegen, die den Schutz der Inhaber dieser Papiere bezweckt. Werden mehr als 5 v.H. des Netto-Fondsvermögens des Fonds in unter Ziffer 6., Unterabsatz 4 genannten Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten angelegt, so darf der Gesamtwert derselben 80 v.H. des Wertes des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten.

Die in Ziffer 6., Unterabsätze 2, und 3 genannten Wertpapiere bleiben für die Anwendung der in Ziffer 6., Unterabsatz 1 vorgesehenen 40 v.H.-Grenze außer Ansatz.

Ferner können die in Ziffer 6., Unterabsätze 1, 2 und 3 festgelegten Grenzen nicht addiert werden, so daß Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten in keinem Fall zusammen 35 v.H. des Nettovermögens des Fonds übersteigen dürfen.

Die in Ziffer 6. vorgesehenen Grenzen gelten gesondert für die von Zielfonds gemäß Artikel 5 C. 1 gehaltenen Wertpapiere sowie für die direkt erworbenen Wertpapiere und sind daher nicht zu kumulieren.

7. mehr als 10 v.H. der Schuldverschreibungen und mehr als 10 v.H. der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten bezogen auf den Fonds insgesamt zu erwerben.

Diese Grenze braucht beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen beziehungsweise der Geldmarktinstrumente zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen läßt. Ferner ist diese Grenze unter Beachtung der Risikomischung nicht einzuhalten in bezug auf:

- Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der EU oder dessen öffentlichen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden;
- auf von einem Mitgliedstaat der OECD außerhalb der EU begebene oder garantierte Wertpapiere;
- auf Wertpapiere, die von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören;

8. Kredite aufzunehmen, es sei denn kurzfristig, bis zur Höhe von 10 v.H. des Nettovermögens des Fonds;

9. Kredite zu gewähren oder für Dritte als Bürge einzustehen. Diese Beschränkung steht dem Erwerb von nicht voll eingezahlten Wertpapieren nicht entgegen. Nicht voll eingezahlte Wertpapiere dürfen nur insoweit erworben werden, als der Gesamtbetrag der ausstehenden Einlagen 5 v.H. des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigt. Falls der Fonds nicht voll eingezahlte Wertpapiere besitzt, muß eine Liquiditätsvorsorge zur späteren vollen Einzahlung geschaffen werden, die in die Anlagebeschränkungen gemäß Ziffer 8. mit einzubeziehen ist;

10. die zum Vermögen des Fonds gehörenden Vermögenswerte zu verpfänden oder sonst zu belasten, zur Sicherung zu übereignen oder zur Sicherung abzutreten, es sei denn, daß dies ausschließlich der Besicherung einer zulässigen Kreditaufnahme zu Lasten des Fonds dient;

11. Wertpapiere zu erwerben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;

12. in Immobilien anzulegen und Waren oder Warenkontrakte zu kaufen oder zu verkaufen;

13. Leerverkäufe von Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten zu tätigen oder Call-Optionen auf Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente zu verkaufen, wenn der entsprechende Vermögenswert nicht zum Vermögen des Fonds gehört;

14. für den Fonds Put-Optionen zu verkaufen, wenn der Fonds nicht während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende flüssige Mittel verfügt, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft jederzeit nachkommen zu können.

15. Wertpapiere im «underwriting» fest zu übernehmen.

16. stimmberechtigte Aktien in einem Ausmaß erwerben, das es ihr erlaubt, einen wesentlichen Einfluß auf die Verwaltung des Emittenten zu nehmen.

17. mehr als 10 v.H. der stimmrechtlosen Aktien oder mehr als 10 v.H. der Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten sowie mehr als 30 v.H. der Anteile eines Zielfonds, dessen Anlagebedingungen dem Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 (loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif) über Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA) entsprechen, zu erwerben, wobei diese Grenzen im Hinblick auf Schuldverschreibungen und Zielfonds zum Zeitpunkt des Erwerbs insofern außer Betracht bleiben können, als der Brutto-Emissionsbetrag der Schuldverschreibungen oder der Netto-Emissionsbetrag der Anteile an Zielfonds zu diesem Zeitpunkt nicht ermittelt werden können.

Die oben vorgesehenen Beschränkungen brauchen bei der Ausübung von Bezugsrechten, die mit zu dem Vermögen des Fonds gehörenden Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten verbunden sind, nicht eingehalten zu werden.

Werden die in Vorstehendem genannten Grenzen unbeabsichtigt oder infolge der Ausübung von Bezugsrechten überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber anzustreben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann im Einvernehmen mit der Depotbank die Anlagebeschränkungen und andere Teile des Verwaltungsreglements ändern, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden sollen.

E. Unter Beachtung der in Artikel 4. D. angeführten Anlagegrenzen und -beschränkungen kann die Verwaltungsgesellschaft sich der Techniken und Instrumente bedienen, die Vermögenswerte des Fonds sowie der Vermögensgegenstände der Zielfonds zum Gegenstand haben, sofern die Einsetzung dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fonds geschieht. Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte (Swaps), welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Solche Geschäfte sind ausschließlich mit erstklassigen Finanzinstitutionen zulässig, die auf diese Art von Geschäften spezialisiert sind.

Ferner kann die Verwaltungsgesellschaft Techniken und Instrumente zur Deckung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken im Rahmen der ordentlichen Verwaltung des Fonds nutzen. Die Deckung der Risiken kann sich dabei auch auf die Vermögensgegenstände der Zielfonds beziehen, und zwar unter der Voraussetzung, daß der Verwaltungsgesellschaft die genaue Anlagestruktur der Zielfonds bekannt ist, und die entsprechende Deckung im Zielfonds nicht bereits gegeben ist.

Darüber hinaus ist es der Verwaltungsgesellschaft auch gestattet, solche Techniken und Instrumente mit einem anderen Ziel als der Absicherung von Vermögenswerten des Fonds sowie der Vermögensgegenstände der Zielfonds im Rahmen der ordentlichen Verwaltung des Fonds anzuwenden.

Zu den Techniken und Instrumenten gehören insbesondere:

1. Optionen

Eine Option ist ein Vertrag, in dem der Käufer/Verkäufer gegen Zahlung/Erhalt einer Prämie berechtigt ist/sich verpflichtet, bestimmte Vermögenswerte zu einem fest vereinbarten Preis (Ausübungspreis) während einer vorher vereinbarten Zeitdauer oder zu einem bestimmten Tag auf seinen Wunsch/Wunsch des Käufers zu beziehen/zuliefern.

Käufe und Verkäufe von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden, die je nach der eingegangenen Position unterschiedlich groß sind:

Der Kaufpreis einer erworbenen Call- oder Put-Option kann verloren gehen.

Der Käufer einer Call-Option (Kaufoption) erwirbt das Recht aber nicht die Pflicht, bestimmte Vermögenswerte während einer vorher vereinbarten Zeitdauer oder an einem bestimmten Tag zu vorher fest vereinbarten Konditionen zu erwerben. Der Verkäufer einer Call-Option hat die Pflicht, diese Vermögenswerte wie vereinbart zu liefern.

Wenn eine Call-Option verkauft wird besteht die Gefahr, daß der Fonds, für welchen die Call-Option verkauft wurde, nicht mehr an einer besonders starken Wertsteigerung des Vermögenswertes teilnimmt.

Der Käufer einer Put-Option (Verkaufsoption) erwirbt das Recht aber nicht die Pflicht, bestimmte Vermögenswerte während einer vorher vereinbarten Zeitdauer oder an einem bestimmten Tag zu vorher fest vereinbarten Konditionen zu verkaufen. Der Verkäufer einer Put-Option hat die Pflicht, diese Vermögenswerte wie vereinbart zu erwerben.

Beim Verkauf von Put-Optionen besteht die Gefahr, daß der Fonds, für welchen die Put-Option verkauft wurde, zur Abnahme von Vermögenswerten zum Ausübungspreis verpflichtet ist, obwohl der Marktwert dieser Vermögenswerte deutlich niedriger ist.

Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Vermögens des Fonds stärker beeinflußt werden als dies beim unmittelbaren Erwerb von Vermögenswerten der Fall ist.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Call- und Put-Optionen auf Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente, Börsenindizes, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an Börsen oder anderen geregelten Märkten, die anerkannt, für das Publikum offen und deren Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden. Ebenso können diese Optionen freihändig gehandelt werden - sogenannte Over-the-Counter-Optionen (OTC-Optionen) - wenn die entsprechenden Vertragspartner erstklassige, auf derartige Geschäfte spezialisierte Finanzinstitutionen sind.

b) Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter a) genannten Optionen darf 15v.H. des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigen, soweit die Optionen noch valutieren.

c) Für den Fonds können Call-Optionen auf Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente nur verkauft werden, wenn der den Gegenstand der Call-Option bildende Vermögenswert im Zeitpunkt des Verkaufs der Call-Option zu dem Fonds gehört.

d) Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Put-Optionen, so muß der Fonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft jederzeit nachkommen zu können.

2. Finanzterminkontrakte

Finanzterminkontrakte sind durch eine Terminbörse vermittelte, für beide Vertragspartner unbedingt verpflichtende Vereinbarungen, zu einem bestimmten Zeitpunkt, dem Fälligkeitsdatum, eine bestimmte Menge eines bestimmten Basiswertes (z.B. Börsenindizes), zu einem im voraus vereinbarten Preis (Ausübungspreis) zu kaufen bzw. zu verkaufen.

a) Unter der Voraussetzung, daß die Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder an anderen geregelten Märkten mit regelmäßigem Betrieb, die anerkannt und für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden, kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds diese als Zinsterminkontrakte kaufen und verkaufen.

b) Die Verwaltungsgesellschaft kann durch den Handel mit Finanzterminkontrakten sich im Vermögen des Fonds sowie gegebenenfalls der Zielfonds befindende Geldmarktinstrumente und Wertpapierbestände und andere Vermögensgegenstände gegen Kursverluste absichern. Für die Absicherung von Vermögensgegenständen der Zielfonds ist es erforderlich, daß der Verwaltungsgesellschaft die genaue Anlagestruktur der Zielfonds bekannt ist. Ferner kann die Ver-

waltungsgesellschaft mit dem Zwecke der Absicherung für den Fonds Put-Optionen auf Börsenindizes kaufen oder Call-Optionen sowie Finanzterminkontrakte auf Börsenindizes verkaufen.

Darüber hinaus kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Finanzterminkontrakte kaufen und verkaufen, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten des Fonds dienen.

Diese Art von Geschäften ist mit erheblichen Chancen, aber auch mit Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuß) sofort geleistet werden muß. Das Verlustrisiko kann unbestimmbar sein und auch über etwaige geleistete Sicherheiten hinausgehen. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

c) Die Summe der Verbindlichkeiten, die sich aus Finanzterminkontrakten, Optionsgeschäften und Tauschverträgen (Swaps) ergibt, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Börsenwert der zu sichernden Vermögenswerte in der entsprechenden Währung bzw. dem entsprechenden Markt nicht übersteigen.

d) Die Summe der Verbindlichkeiten, die sich aus dem Kauf und Verkauf von Finanzterminkontrakten, Optionsgeschäften auf Wertpapiere und Optionsgeschäfte auf alle Arten von Finanzinstrumenten ergibt, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf zu keinem Zeitpunkt das Nettovermögen des Fonds übersteigen. Verkäufe von Call-Optionen, die durch angemessene Werte im Vermögen des Fonds unterlegt sind, bleiben dabei unberücksichtigt.

3. Wertpapierleihgeschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems bis zu 50 v.H. der im Fonds befindlichen Wertpapiere bis zu höchstens 30 Tage ausleihen. Dies setzt voraus, daß das Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus organisiert ist oder durch eine Finanzeinrichtung erster Ordnung, die sich auf solche Geschäfte spezialisiert hat, betrieben wird.

Die Höchstgrenze von 50 v.H. des Wertpapierbestandes gilt nicht, soweit die Verwaltungsgesellschaft das Recht auf jederzeitige Kündigung des Wertpapierleihvertrages hat und die Rückgabe der verliehenen Papiere verlangen kann.

Im Rahmen solcher Geschäfte muß der Fonds grundsätzlich eine Sicherheit erhalten, deren Wert bei Abschluß des Wertpapierleihvertrages mindestens dem Wert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Sicherheit muß in Form von liquiden Mitteln oder in Form von Wertpapieren erfolgen, die durch Mitgliedstaaten der OECD oder durch deren Gebietskörperschaften oder durch supranationale Einrichtungen und Organismen ausgegeben oder garantiert sind. Bis zum Ablauf des Wertpapierleihvertrages muß die Sicherheit zugunsten des Fonds gesperrt bleiben.

4. Wertpapierpensionsgeschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Käufe und Verkäufe von Wertpapieren mit Wiederkaufsvorbehalt abschließen, bei denen dem jeweiligen Verkäufer das Recht vorbehalten ist, die verkauften Wertpapiere vom Erwerber innerhalb einer bestimmten Frist zu einem fest vereinbarten Preis zurückzukaufen. Dabei muß es sich bei dem Vertragspartner um ein Finanzinstitut erster Ordnung handeln, das auf diese Art von Geschäften spezialisiert ist.

Während der Laufzeit eines Wertpapierpensionsgeschäftes darf die Verwaltungsgesellschaft Wertpapiere, die Gegenstand dieses Geschäftes sind, nicht verkaufen. Der Umfang von Wertpapierpensionsgeschäften wird stets auf einem Niveau gehalten, das es der Verwaltungsgesellschaft ermöglicht, den Verpflichtungen für den Fonds aus solchen und anderen Geschäften sowie der Verpflichtung zur Rücknahme von Anteilen gemäß Artikel 9 des Verwaltungsreglements jederzeit nachzukommen.

5. Währungskurssicherungen

Zur Sicherung von Währungsrisiken von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Fonds sowie gegebenenfalls der Zielfonds in einer anderen als der Währung des Fonds kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Devisen auf Termin verkaufen bzw. umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit auf diese Geschäftsart spezialisierten Finanzeinrichtungen erster Ordnung abgeschlossen werden. Für die Absicherung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten der Zielfonds ist es erforderlich, daß der Verwaltungsgesellschaft die genaue Anlagestruktur der Zielfonds bekannt ist.

Darüber hinaus kann die Verwaltungsgesellschaft zu Absicherungszwecken von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Fonds sowie gegebenenfalls der Zielfonds Devisenterminkontrakte verkaufen und Call-Optionen auf Devisen verkaufen bzw. Put-Optionen auf Devisen kaufen, sofern solche Transaktionen an einem geregelten Markt mit regelmäßigem Betrieb abgeschlossen werden, der für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist. Für die Absicherung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten der Zielfonds ist es erforderlich, daß der Verwaltungsgesellschaft die genaue Anlagestruktur der Zielfonds bekannt ist.

Währungskurssicherungsgeschäfte setzen eine direkte Verbindung zu den abzusichernden Vermögenswerten und Verbindlichkeiten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die jeweiligen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Fonds sowie gegebenenfalls der Zielfonds in der gesicherten Währung weder in ihrer Größenordnung noch in ihrer Restlaufzeit überschreiten.

6. Tauschgeschäfte (Swaps)

Ein Swap ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien, der den Austausch von Zahlungsströmen auf einen festgelegten Nominalbetrag eines Vermögenswertes, zu einem festgelegten Zinssatz oder Index und während einer bestimmten Zeit beinhaltet.

Alle Swapgeschäfte nutzen Preisdifferenzen an verschiedenen Märkten.

Ein Zinsswap ist eine Transaktion, in welcher zwei Parteien Zahlungsströme tauschen, die auf fixen beziehungsweise variablen Zinszahlungen beruhen. Die Transaktion kann mit der Aufnahme von Mitteln zu einem festen Zinssatz und der gleichzeitigen Vergabe von Mitteln zu einem variablen Zinssatz verglichen werden, wobei die Nominalbeträge der Vermögenswerte nicht ausgetauscht werden.

Währungsswaps beinhalten zumeist den Austausch der Nominalbeträge der Vermögenswerte. Sie lassen sich mit einer Mittelaufnahme in einer Währung und einer gleichzeitigen Mittelvergabe in einer anderen Währung gleichsetzen.

Asset Swaps, oft auch «synthetische Wertpapiere» genannt, sind Transaktionen, welche die Rendite aus einem bestimmten Vermögenswert in einen anderen Zinsfluß (fest oder variabel) oder in eine andere Währung konvertieren, indem der Vermögenswert (z.B. Anleihe, Floating Rate Note, Bankeinlage, Hypothek) mit einem Zins- oder Währungsswap kombiniert wird.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds zu Sicherungszwecken Tauschgeschäfte (Swaps) eingehen, soweit die beschriebenen Geschäfte mit erstklassigen Finanzinstitutionen getätigt werden, welche auf derartige Geschäfte spezialisiert sind.

Die Summe der Verbindlichkeiten, die sich aus Finanzterminkontrakten, Optionsgeschäften und Tauschverträgen auf Zinssätze ergibt, die der Absicherung von Vermögenswerten des Fonds dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der zu sichernden Vermögenswerte in der entsprechenden Währung nicht übersteigen.

Art. 5. Berechnung des Inventarwertes je Anteil. Das Gesamt Netto-Vermögen des Fonds sowie der Wert eines Anteils (im folgenden auch «Inventarwert je Anteil») sind in Euro ausgedrückt.

Der Nettovermögenswert für den Fonds wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder in Luxemburg von einem von ihr hiermit Beauftragten an jedem Bankarbeitstag, der in Luxemburg-Stadt, Dublin und Frankfurt am Main ein Börsentag («Bewertungstag») ist, errechnet.

Die Berechnung des Inventarwertes je Anteil erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens (Wert der zum Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich Verbindlichkeiten) des Fonds durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des Fonds.

Das Netto-Fondsvermögen des Fonds (im folgenden auch «Inventarwert» genannt) wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

1. Anteile an Zielfonds, Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, verbrieftete Rechte und Schuldscheindarlehen, deren Laufzeit bzw. Restlaufzeit mehr als 120 Tage beträgt, werden wie folgt bewertet:

a) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (Anteile an Zielfonds) werden zu ihrem letzten festgestellten und erhältlichen Inventarwert je Anteil bewertet.

b) Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und verbrieftete Rechte die an einer Börse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

c) Wenn ein Wertpapier, ein Geldmarktinstrument bzw. ein verbrieftetes Recht an mehreren Börsen notiert ist, ist der letzte Verkaufskurs an jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier, Geldmarktinstrument bzw. verbrieftetes Recht ist;

d) Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, verbrieftete Rechte und Schuldscheindarlehen, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber aktiv an einem geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem diese Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, verbrieften Rechte bzw. Schuldscheindarlehen verkauft werden können;

e) falls die nach den Unterabsätzen a), b), c) und d) festgestellten jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind, werden diese Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, verbrieften Rechte bzw. Schuldscheindarlehen, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln, festlegt;

f) Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, verbrieftete Rechte bzw. Schuldscheindarlehen, die nicht an einer Börse notiert sind oder nicht an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln, festlegt;

2. Der Bewertungskurs von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, verbrieften Rechten und Schuldscheindarlehen, deren Laufzeit bzw. Restlaufzeit weniger als 120 Tage beträgt, wird ausgehend vom Netto-Erwerbkurs, unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite, sukzessive dem Rückzahlungspreis angeglichen. Bei größeren Änderungen der Marktverhältnisse wird die Bewertungsbasis der einzelnen Anlagen den aktuellen Markttrenditen angepaßt;

3. Einlagen auf Sicht werden zum Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;

4. Festgelder (Einlagen auf Termin) werden zum Renditekurs bewertet, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank bzw. dem die Einlagen annehmenden Kreditinstitut geschlossen wurde, gemäß dem solche Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisationswert entspricht;

5. Alle nicht auf die Währung des Fonds lautenden Vermögenswerte mit einer Laufzeit bzw. Restlaufzeit von über 120 Tagen sowie die entsprechenden Währungskurssicherungsgeschäfte werden zum letzten Devisenkassakurs bzw. Devisenterminkurs in die Währung des Fonds umgerechnet. Ab einer Restlaufzeit von 120 Tagen und weniger kann der Vermögenswert wie das Kurssicherungsgeschäft ausgehend vom Devisenmittelkurs sukzessive dem Devisenterminkurs angeglichen werden.

6. Die Zinserträge des Fonds werden bis einschließlich zum Valutatag des Anteilsgeschäftes in die Bewertung des Vermögens des Fonds einbezogen. Damit enthält der Inventarwert je Anteil am jeweiligen Bewertungstag die auf Valuta des Anteilsgeschäftes projizierten Zinserträge.

Falls außergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung gemäß den oben aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht machen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, andere von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fonds zu erreichen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei umfangreichen Rücknahmeanträgen, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des Fonds befriedigt werden können, mit Einwilligung der Depotbank, das Nettovermögen des Fonds bestimmen, indem sie dabei die Kurse des Bewertungstages zugrunde legt, an dem sie für den Fonds die Vermögenswerte verkaufte, die je nach Lage verkauft werden mußten. In diesem Falle wird für gleichzeitig eingereichte Kauf- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsweise angewandt.

Art. 6. Ausgabe von Anteilen. Jede natürliche oder juristische Person kann, vorbehaltlich von Artikel 7 dieses Verwaltungsreglements, durch Kauf und Zahlung des Ausgabepreises je Anteil Anteile des Fonds erwerben.

Anteile können auch über den Regierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse, erworben werden.

Der Ausgabepreis je Anteil ist der Inventarwert je Anteil gemäß Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements am entsprechenden Bewertungstag zuzüglich einer Verkaufsprovision von bis zu 6,0 v.H.

Alle ausgegebenen Anteile des Fonds gewähren gleiche Rechte auf das Sondervermögen des Fonds.

Die Anteile werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang eines Kaufantrages an einem Bewertungstag gemäß Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements dem Anteilserwerber in entsprechender Höhe zugeteilt. Der Ausgabepreis je Anteil ist zahlbar innerhalb von zwei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Währung des Fonds. Die Anteile gemäß Artikel 8 dieses Verwaltungsreglements werden unverzüglich und unmittelbar nach Eingang des Ausgabepreises je Anteil bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank in entsprechender Höhe auf einem vom Anteilserwerber anzugebenden Depot gutgeschrieben.

Der Ausgabepreis je Anteil erhöht sich um Stempelgebühren, sonstige öffentliche Abgaben oder andere Belastungen, die in dem jeweiligen Land anfallen, in dem die Anteile verkauft werden.

Sofern Sparpläne angeboten werden, wird die Verkaufsprovision nur auf die tatsächlich geleisteten Zahlungen berechnet.

Art. 7. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen die Gesetze und Vorschriften des jeweiligen Landes, in welchem Anteile angeboten werden, zu beachten.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Kaufantrag zurückweisen sowie die Ausgabe von Anteilen gemäß Artikel 10 dieses Verwaltungsreglements zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen.

Weiterhin kann die Verwaltungsgesellschaft jederzeit Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises je Anteil zurückkaufen, die von Anteilinhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Auf nicht ausgeführte Kaufanträge eingehende Zahlungen werden von der Depotbank unverzüglich zinslos zurückgezahlt.

Art. 8. Anteile. Die Depotbank gibt nur Globalurkunden, die auf den Inhaber lauten, über jede von der Verwaltungsgesellschaft bestimmte Anzahl von Anteilen aus. Jede Globalurkunde trägt die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Art. 9. Rücknahme von Anteilen. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag gemäß Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements und wird zum nächsten Rücknahmepreis getätigt. Rücknahmepreis ist der gemäß Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements errechneten, Inventarwert je Anteil des Fonds abzüglich einer Rücknahmeprovision zu Gunsten des Fonds, welche 0,5% des Inventarwertes je Anteil nicht übersteigen darf. Die Zahlung des Rücknahmepreises je Anteil erfolgt innerhalb von zwei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag.

Die Verwaltungsgesellschaft ist mit Einwilligung der Depotbank berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme gemäß den Bestimmungen des letzten Absatzes von Artikel 5 dieses Verwaltungsreglements zum dann geltenden Rücknahmepreis je Anteil.

Der Rücknahmepreis je Anteil wird in der Währung des Fonds vergütet.

Die Verwaltungsgesellschaft achtet darauf, daß das Vermögen des Fonds ausreichende flüssige Mittel umfaßt, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilinhabern, sofern nicht außergewöhnliche Umstände entgegenstehen, unverzüglich erfolgen kann.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Berechnung des Inventarwertes gemäß Artikel 10 dieses Verwaltungsreglements umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Berechnung des Inventarwertes unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Die Depotbank ist nur soweit zur Zahlung verpflichtet, wie die jeweils anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen z.B. devisenrechtliche Vorschriften, oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises je Anteil in das Land des Antragstellers erlauben.

Art. 10. Einstellung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und der Berechnung des Inventarwertes. Die Verwaltungsgesellschaft darf die Berechnung des Nettovermögens des Fonds, unbeschadet der ihr gemäß Artikel 7 zustehenden Befugnis, die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen vorübergehend aussetzen, wenn:

1. der Inventarwert eines oder mehrerer Organismen für gemeinsame Anlagen (Anteile an Zielfonds), welche einen wesentlichen Teil des Vermögens des Fonds bilden, nicht ermittelt werden oder deren Anteilrücknahme beschränkt oder ausgesetzt ist.

2. eine Börse oder ein Markt, welche die Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Vermögens des Fonds bilden, geschlossen ist, oder wenn der Handel an einer solchen Börse oder einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist,

3. aufgrund eines politischen, wirtschaftlichen, militärischen, monetären oder anderweitigen Notfalles außerhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflußmöglichkeit der Verwaltungsgesellschaft Verfügungen über das Vermögen des Fonds nicht möglich sind oder den Interessen der Anteilinhaber abträglich wären,

4. im Fall einer Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen oder aus irgendeinem Grund der Wert eines beträchtlichen Teils des Vermögens des Fonds nicht bestimmt werden kann,

5. wegen Beschränkungen des Devisenverkehrs oder sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für den Fonds undurchführbar werden, oder falls es nach objektiv nachprüfbar Maßstäben feststeht, daß Käufe und Verkäufe von Vermögenswerten nicht zu normalen Umtauschraten getätigt werden können.

Art. 11. Aufwendungen und Kosten des Fonds. Der Fonds trägt die folgenden im Zusammenhang mit der Verwaltung und dem Vertrieb des Fonds anfallenden Aufwendungen:

a) das Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft von bis zu 3 v.H. p.a. zuzüglich eventuell anfallender gesetzlicher Mehrwertsteuer, die auf den täglich ermittelten Inventarwert des Fonds zu berechnen und am Ende eines jeden Monats zahlbar ist,

b) das Entgelt der Depotbank von bis zu 0,10 v.H. p.a. zuzüglich eventuell anfallender gesetzlicher Mehrwertsteuer, das auf den täglich ermittelten Inventarwert des Fonds zu berechnen und am Ende eines jeden Monats zahlbar ist, und ein Bearbeitungsentgelt von bis zu 0,125 v.H. des Betrages jeder Transaktion für Rechnung des Fonds soweit ihr dafür nicht bankübliche Gebühren zustehen,

c) Steuern und Abgaben, die auf das Fondsvermögen, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des Fonds erhoben werden;

d) im Zusammenhang mit der Verwaltung eventuell entstehende Steuern;

e) Kosten einer etwaigen Börsennotierung oder -registrierung;

f) Kosten für die Bonitätsbeurteilung durch national oder international anerkannte Ratingagenturen;

g) eine jährliche Kostenpauschale zugunsten der Verwaltungsgesellschaft in Höhe von bis zu 0,15 v.H. des Nettofondsvermögens, die auf den täglich ermittelten Inventarwert des Fonds zu berechnen und am Ende eines jeden Monats zahlbar ist und aus welcher die Verwaltungsgesellschaft alle weiteren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verwaltung und dem Vertrieb des Fonds begleicht.

Für den Fall, daß die aufgrund von Gesetzen oder Verordnungen notwendigerweise entstehenden Kosten im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds gemäß Absatz g) die genannte Kostenpauschale zugunsten der Verwaltungsgesellschaft übersteigen, können dem Fonds anstelle der Kostenpauschale die notwendigerweise entstehenden Kosten in tatsächlicher Höhe berechnet werden.

Die als Entgelte und Kosten gezahlten Beträge werden in den Rechenschaftsberichten aufgeführt.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst dem laufenden Einkommen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen.

Die mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Vermögenswerten verbundenen Kosten und Bearbeitungsentgelte werden in den Einstandspreis eingerechnet bzw. beim Verkaufserlös abgezogen.

Art. 12. Rechnungsjahr und Revision. Das Rechnungsjahr des Fonds endet jährlich am 31. Januar; Halbjahresberichte werden jeweils zum 31. Juli eines jeden Jahres erstellt. Das Fondsvermögen insgesamt wird durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrolliert, die von der Verwaltungsgesellschaft zu ernennen ist.

Art. 13. Verwendung der Erträge. Die während des Rechnungsjahres angefallenen ordentlichen Nettoerträge des Fonds werden grundsätzlich nicht ausgeschüttet, sondern im Fonds wieder angelegt. Als ordentliche Nettoerträge des Fonds gelten vereinnahmte Dividenden, Zinsen, Erträge von Investmentfonds und sonstige Erträge, und zwar jeweils abzüglich der allgemeinen Kosten gemäß Artikel 11 dieses Verwaltungsreglements.

Art. 14. Änderungen des Verwaltungsreglements. Die Verwaltungsgesellschaft kann nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank dieses Verwaltungsreglement jederzeit im Interesse der Anteilinhaber ganz oder teilweise ändern.

Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, fünf Kalendertage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Veröffentlichungen analog zu Artikel 15 Absatz 1 dieses Verwaltungsreglements veranlassen.

Art. 15. Veröffentlichungen. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis des Fonds sind am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Zahlstellen des Fonds im Ausland verfügbar. Ausgabe- und Rücknahmepreise werden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden Landes, in dem die Anteile zum öffentlichen Vertrieb berechtigt sind, veröffentlicht. Der Inventarwert des Fonds kann am Sitz der Verwaltungsgesellschaft angefragt werden. Im Falle einer Börsennotierung sind der Ausgabe- und der Rücknahmepreis je Anteil des Fonds auch bei der jeweiligen Wertpapierbörse erhältlich.

Nach Abschluß jedes Rechnungsjahres wird die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht erstellen, der Auskunft gibt über das Vermögen des Fonds, dessen Verwaltung und die erzielten Resultate. Nach Ende der ersten Hälfte jedes Rechnungsjahres erstellt die Verwaltungsgesellschaft einen Halbjahresbericht, der Auskunft über das Vermögen des Fonds und dessen Verwaltung während des entsprechenden Halbjahres gibt. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie in sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Vermögens des Fonds gegeben werden muß, werden die Vermögenswerte des Fonds in die Fondswährung umgerechnet.

Das Verwaltungsreglement, der Rechenschaftsbericht und der Halbjahresbericht sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich.

Sonstige Veröffentlichungen oder Bekanntmachungen, die sich an die Anteilhaber richten, werden jeweils in einer Tageszeitung eines jeden Landes veröffentlicht, in dem die Anteile zum öffentlichen Vertrieb berechtigt sind.

Art. 16. Dauer des Fonds; Auflösung. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet. Der Fonds kann jederzeit durch Beschluß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann gleichfalls den Fonds auflösen, falls politische oder ökonomische Gründe dies rechtfertigen.

Eine Auflösung erfolgt zwingend, falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird. Sie wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Großherzogtum Luxemburg von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial, in einer luxemburgischen und zwei deutschen Tageszeitungen und mindestens je einer dann zu bestimmenden Tageszeitung in solchen Ländern, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, veröffentlicht.

Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber nach deren Anspruch an den Fonds verteilen.

Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen wurden, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in Luxemburger Franken umgewandelt und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber bei der Caisse de Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Weder Anteilhaber noch deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können die Zusammenlegung, Auflösung oder Teilung des Fonds beantragen.

Art. 17. Verjährung. Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; ausgenommen bleiben die in Artikel 16 des Verwaltungsreglements enthaltenen Regelungen.

Art. 18. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache. Dieses Verwaltungsreglement unterliegt dem Recht des Großherzogtums Luxemburg und insbesondere dem Gesetz vom 30. März 1988 (loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif) über Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA).

Gleiches gilt für die Rechtsbeziehung zwischen den Anteilhabern und der Verwaltungsgesellschaft. Das Verwaltungsreglement ist bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt.

Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds insgesamt der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in dem Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ihren (Wohn-) Sitz haben, und Angelegenheiten betreffen, die sich auf Kauf und Rücknahme von Anteilen durch diese Anleger beziehen.

Die deutsche Fassung dieses Verwaltungsreglements ist verbindlich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und für den Fonds insgesamt Übersetzungen des Verwaltungsreglements in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Luxemburg, den 3. September 2001.

ADIG-INVESTMENT LUXEMBURG S.A. / COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A.

Unterschriften / Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 28 septembre 2001, vol. 558, fol. 28, case 11. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(61126/267/625) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} octobre 2001.

NordLux Pro Fondsmanagement, Fonds Commun de Placement.

—
Änderungsbeschluß des Verwaltungsreglements des von der
MK LUXINVEST S.A.

in der Form eines «fonds communs de placement à compartiments multiples» verwalteten Sondervermögens
NordLux Pro Fondsmanagement

Die MK LUXINVEST S.A. hat mit Zustimmung der Depotbank DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. beschlossen, das erstmals am 6. Oktober 1999 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations veröffentlichte Verwaltungsreglement des Sondervermögens NordLux Pro Fondsmanagement entsprechend den für den Vertrieb in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu ändern.

Die konsolidierte Fassung dieses Verwaltungsreglements lautet nunmehr wie folgt:

Allgemeines Verwaltungsreglement

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und des Anteilhabers hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie dem, im Anschluß an dieses Allgemeine Verwaltungsreglement abgedruckten, Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds. Das Allgemeine Verwaltungsreglement trat, in Form des Verwaltungsreglements, am 3. September 1999 in Kraft und wurde erstmals am 6. Oktober 1999 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg («Mémorial») veröffentlicht. Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements traten am 6. September

2001 in Kraft und wurden am 5. Oktober 2001 im Mémorial veröffentlicht. Das Datum des Inkrafttretens sowie das Datum der Veröffentlichung des jeweiligen Sonderreglements und der Veröffentlichung etwaiger Änderungen desselben werden in dem betreffenden Sonderreglement für den jeweiligen Teilfonds aufgeführt.

Art. 1. Der Fonds

1. Der Fonds NordLux Pro Fondsmanagement («Fonds») ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement) aus Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber») unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne des Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen (einschliesslich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen) («Gesetz vom 30. März 1988»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Die Anteilinhaber sind am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds in Höhe ihrer Anteile beteiligt. Jeder Teilfonds wird detailliert im jeweiligen Sonderreglement zu diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement beschrieben.

2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilinhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement in Verbindung mit dem Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds geregelt, deren gültige Fassung sowie Änderungen derselben im Mémorial veröffentlicht und beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilinhaber das Allgemeine Verwaltungsreglement und das jeweilige Sonderreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen derselben an.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt ausserdem einen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts.

4. Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muss innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds den Gegenwert von 50 Millionen Luxemburger Franken erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen ergibt.

5. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, zu jeder Zeit weitere Teilfonds aufzulegen. In diesem Falle wird dieses Allgemeine Verwaltungsreglement durch ein entsprechendes Sonderreglement ergänzt und ein entsprechender Anhang zum Verkaufsprospekt hinzugefügt. Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden.

6. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis des Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten des Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen des Anteilinhaber des anderen Teilfonds getrennt. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte des einzelnen Teilfonds lediglich für Verbindlichkeiten, welche von den betreffenden Teilfonds eingegangen werden.

7. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 7 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

1. Die Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die MK LUXINVEST S.A. («Verwaltungsgesellschaft»), eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg mit eingetragenem Sitz in Luxemburg. Sie wurde am 22. April 1993 auf unbestimmte Zeit gegründet. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch ihren Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellten der Verwaltungsgesellschaft mit der täglichen Geschäftsführung sowie sonstige Personen mit der Ausführung von Verwaltungsfunktionen und/oder der täglichen Anlagepolitik betrauen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, aber ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, die unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seines Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, entsprechend den in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement und in dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) aufgeführten Bestimmungen das jeweilige Teilfondsvermögen anzulegen und sonst alle Geschäfte zu tätigen, die zur Verwaltung der Teilfondsvermögen erforderlich sind.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Kontrolle sowie auf eigene Kosten einen Anlageberater hinzuziehen. Die Verwaltungsgesellschaft kann sich ausserdem von einem Anlageausschuss, dessen Zusammensetzung vom Verwaltungsrat bestimmt wird, beraten lassen.

Art. 3. Die Depotbank

1. Die Depotbank des Fonds ist die DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. Sie ist eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg und betreibt Bankgeschäfte. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 30. März 1988, dem Depotbankvertrag, diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, den einzelnen Sonderreglements sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen).

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte der Teilfonds beauftragt.

a) Sämtliche Investmentanteile, flüssige Mittel und andere gesetzlich zulässigen Vermögenswerte der Teilfonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten («Sperrkonten») und Depots («Sperrdepots») verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, der jeweiligen Sonderreglements, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem jeweils geltenden Depotbankvertrag sowie den gesetzlichen Bestimmungen verfügt werden darf.

b) Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung (nach Massgabe des Gesetzes vom 30. März 1988) und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten der Teilfonds beauftragen, sofern

diese an einer ausländischen Börse zugelassen oder in ausländische organisierte Märkte einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögensgegenstände handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.

c) Die Anlage von Vermögenswerten der Teilfonds in Form von Einlagen bei anderen Kreditinstituten sowie Verfügungen über diese Einlagen bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Die Depotbank darf einer solchen Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement und dem jeweiligen Sonderreglement sowie dem Depotbankvertrag vereinbar ist. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten verwahrten Einlagen zu überwachen.

3. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement, dem jeweils geltenden Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) und dem Gesetz. Sie wird entsprechend den Weisungen insbesondere:

a) dafür Sorge tragen, dass Anteile eines Teilfonds gemäss Artikel 5 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements auf die Käufer übertragen werden,

b) aus den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds den Kaufpreis für Investmentanteile, Optionen und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den betreffenden Teilfonds erworben worden sind,

c) aus den Sperrkonten die notwendigen Einschüsse beim Abschluss von Terminkontrakten zahlen,

d) Investmentanteile sowie sonstige zulässige Vermögenswerte und Optionen, die für einen Teilfonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen,

e) dafür Sorge tragen, dass der Umtausch von Investmentanteilen gemäss den Bestimmungen des Gesetzes, des Allgemeinen Verwaltungsreglements und des jeweiligen Sonderreglements sowie des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) und des Depotbankvertrages erfolgt,

f) Dividenden und andere Ausschüttungen (falls vorgesehen) an die Anteilhaber auszahlen,

g) den Rücknahmepreis gemäss Artikel 9 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements gegen Rückgabe und Ausbuchung der entsprechenden Anteile auszahlen,

h) das Inkasso eingehender Zahlungen des Ausgabepreises und des Kaufpreises aus dem Verkauf von Investmentanteilen und sonstigen zulässigen Vermögenswerten sowie aller Erträge, Ausschüttungen, Zinsen, Entgelte für den Optionspreis, den ein Dritter für das ihm für Rechnung des Teilfondsvermögens eingeräumte Optionsrecht zahlt, Steuergutschriften ((i) falls vorgesehen, (ii) falls vom jeweiligen Teilfonds im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen zwischen dem Grossherzogtum Luxemburg und anderen Ländern rückforderbar und (iii) falls ausdrücklich hierzu von der Verwaltungsgesellschaft angewiesen) vornehmen und diese Zahlungen den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds unverzüglich gutschreiben,

i) im Zusammenhang mit der Zahlung von Ausschüttungen auf Investmentanteile und andere gesetzlich zulässige Vermögenswerte Eigentums- und andere Bescheinigungen und Bestätigungen ausstellen, aus denen der Name des jeweiligen Teilfonds als Eigentümer hervorgeht und alle weiteren erforderlichen Handlungen für das Inkasso, den Empfang und die Verwahrung aller Erträge, Ausschüttungen, Zinsen oder anderer Zahlungen an den jeweiligen Teilfonds vornehmen sowie die Ausstellung von Inkassoindossamenten im Namen des jeweiligen Teilfonds für alle Schecks, Wechsel oder anderen verkehrsfähigen Investmentanteile und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte.

4. Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, dass

a) alle Vermögenswerte eines Teilfonds unverzüglich auf den Sperrkonten bzw. Sperrdepots des betreffenden Teilfonds eingehen, insbesondere der Rücknahmepreis aus dem Verkauf von Investmentanteilen,

b) anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich des Ausgabeaufschlages und etwaiger Steuern und Abgaben unverzüglich auf den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds verbucht werden,

c) der Verkauf, die Ausgabe, der Umtausch, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile, die für Rechnung des jeweiligen Teilfonds vorgenommen werden, dem Gesetz, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie dem jeweiligen Sonderreglement gemäss erfolgen,

d) die Berechnung des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens und des Anteilwertes dem Gesetz und dem Allgemeinen Verwaltungsreglement gemäss erfolgen,

e) bei allen Geschäften, die sich auf das jeweilige Teilfondsvermögen beziehen, die Bestimmungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, des jeweiligen Sonderreglements, des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) sowie die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden und der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen zugunsten des jeweiligen Teilfonds bei ihr einget, und

f) die Erträge des jeweiligen Teilfondsvermögens dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement sowie den gesetzlichen Bestimmungen gemäss verwendet werden,

g) Investmentanteile höchstens zum Ausgabepreis gekauft und mindestens zum Rücknahmepreis verkauft werden,

h) sonstige Vermögenswerte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 7 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements angemessen ist und die Gegenleistung im Falle der Veräusserung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich über- bzw. unterschreitet, und

i) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Devisenterminkontrakten sowie bezüglich anderer Devisenkurssicherungsgeschäfte eingehalten werden.

5. Darüber hinaus wird die Depotbank

a) nach Massgabe des zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank vereinbarten Verfahrens, der Verwaltungsgesellschaft und/oder von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Repräsentanten schriftlich über jede Auszahlung, über den Eingang von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, von unbaren

Ausschüttungen und Barausschüttungen, Zinsen und anderen Erträgen sowie über Erträge aus Schuldverschreibungen Bericht erstatten sowie periodisch über alle von der Depotbank gemäss den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft getroffenen Massnahmen unterrichten,

b) nach Massgabe des zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank vereinbarten Verfahrens unverzüglich alle sachdienlichen Informationen, die sie von Emittenten erhalten hat, deren Investmentanteile, flüssige Mittel und andere gesetzlich zulässigen Vermögenswerte sie von Zeit zu Zeit verwahrt, oder Informationen, die sie auf andere Weise über von ihr verwahrte Vermögenswerte erhält, unverzüglich an die Verwaltungsgesellschaft weiterleiten,

c) ausschliesslich auf Weisung der Verwaltungsgesellschaft oder der von ihr ernannten Repräsentanten Stimmrechte aus den Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, die sie verwahrt, ausüben, sowie

d) alle zusätzlichen Aufgaben erledigen, die von Zeit zu Zeit zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank schriftlich vereinbart werden.

6. a) Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den Sperrkonten bzw. den Sperrdepots des betreffenden Teilfonds nur das in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement und dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) festgesetzte Entgelt sowie Ersatz von Aufwendungen.

b) Die Depotbank hat jeweils Anspruch auf das ihr nach diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag zustehende Entgelt und entnimmt es den Sperrkonten des betreffenden Teilfonds nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft.

c) Darüber hinaus wird die Depotbank sicherstellen, dass den jeweiligen Teilfondsvermögen Kosten Dritter nur gemäss dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement und dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag belastet werden.

7. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

a) Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen,

b) gegen Vollstreckungsmassnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs in das jeweilige Teilfondsvermögen vollstreckt wird, für den dieses Teilfondsvermögen nicht haftet.

Die vorstehend unter a) getroffene Regelung schliesst die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft direkt bzw. die frühere Depotbank durch die Anteilhaber nicht aus.

8. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schliesst die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilhaber nicht aus.

9. Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft sind jeweils berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende zu kündigen. Eine solche Kündigung durch die Verwaltungsgesellschaft wird wirksam, wenn die Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank bestellt und diese die Pflichten und Funktionen als Depotbank übernimmt; falls eine Kündigung durch die Depotbank erfolgt, wird die Verwaltungsgesellschaft innerhalb der gesetzlichen Fristen eine neue Depotbank ernennen, welche die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäss dem Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie, gegebenenfalls, dem jeweiligen Sonderreglement übernimmt. Bis zur Bestellung dieser neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik

Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds die Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für sämtliche Teilfonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds enthalten sind.

1. Risikostreuung

Das jeweilige Teilfondsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung im Sinne der Regeln des Teil II des Gesetzes vom 30. März 1988 und nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen gemäss diesem Artikel dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements angelegt.

Es dürfen ausschliesslich Investmentanteile folgender Arten von Investmentfonds und/oder Investmentgesellschaften erworben werden:

- in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegte Geldmarkt-, Wertpapier-, Beteiligungs-, Grundstücks-, gemischte Wertpapier- und Grundstücks- sowie Altersvorsorge-Sondervermögen, die keine Spezialfonds sind;

- Investmentvermögen, bei denen die Anteilhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben und die nach dem Auslandsinvestment-Gesetz in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen;

- Investmentvermögen, bei denen die Anteilhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben, die keine Spezialfonds sind und die in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investitionsaufsicht unterliegen deren Zweck der Schutz des Anlegers ist

(insgesamt die «Zielfonds» genannt).

Die einzelnen Teilfonds können sich hinsichtlich der Anlageziele und der Arten der Zielfonds sowie hinsichtlich ihrer Gewichtung in Bezug auf die anlagepolitischen Zielsetzungen der Zielfonds unterscheiden. Diese Gesichtspunkte werden für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Sonderreglement aufgeführt.

Im Einklang mit den o.g. Regelungen darf der jeweilige Teilfonds ausschliesslich Anteile an Zielfonds erwerben, welche ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, der Schweiz, den USA, Kanada, Hongkong oder Japan unterhalten. In diesem Zusammenhang darf jeder Teilfonds nicht mehr als 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Anteilen eines einzigen dieser Zielfonds anlegen. Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als

10% der ausgegebenen Anteile eines solchen Zielfonds erworben werden. Die vorstehenden Anlagegrenzen beziehen sich bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen («Umbrella-Fonds»), jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermässigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Für den Fonds insgesamt dürfen jedoch nur 40% der ausgegebenen Anteile eines Zielfonds erworben werden.

Die Anlagepolitik der vorbezeichneten Zielfonds muss dem Grundsatz der Risikosteuerung im Sinne der Regeln des Teil II des Gesetzes vom 30. März 1988 folgen.

Der Umfang, in dem in Anteilen von Nicht-Luxemburger Zielfonds angelegt werden darf, ist nicht begrenzt.

Die Investmentanteile der vorgenannten Zielfonds sind in der Regel nicht börsennotiert. Soweit sie börsennotiert sind, handelt es sich um eine Börse in einem Mitgliedstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in einem anderen OECD-Land oder in Hongkong. Für den jeweiligen Teilfonds dürfen keine Anteile von Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds sowie keine anderen Wertpapiere (mit Ausnahme von in Wertpapieren verbrieften Finanzinstrumenten) erworben werden.

Der Wert der Zielfondsanteile darf 51% des Netto-Teilfondsvermögens nicht unterschreiten.

Für den jeweiligen Teilfonds dürfen Zielfondsanteile, die ihrerseits mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, entweder nicht oder nur dann erworben werden, wenn diese Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen.

2. Finanzinstrumente

Die Verwaltungsgesellschaft darf im Rahmen der ordnungsgemässen Verwaltung für Rechnung des jeweiligen Teilfonds nur mit Absicherungszweck folgende Geschäfte tätigen, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben:

a) Devisenterminkontrakte abschliessen sowie Optionsrechte zum Erwerb bzw. zur Veräusserung von Devisen einräumen bzw. erwerben sowie Optionsrechte auf Zahlung eines Differenzbetrages, der sich an der Wertentwicklung von Devisen oder Devisenterminkontrakten bemisst, einräumen oder erwerben.

b) Optionsrechte im Sinne des vorgenannten Absatzes, deren Optionsbedingungen das Recht auf Zahlung eines Differenzbetrags einräumen, dürfen nur eingeräumt oder erworben werden, wenn die Optionsbedingungen vorsehen, dass

aa) der Differenzbetrag zu ermitteln ist als ein Bruchteil, das Einfache oder das Mehrfache (Differenzbetragsmultiplikator) der Differenz zwischen dem

(1) Wert oder Indexstand des Basiswertes zum Ausübungszeitpunkt und dem Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand oder

(2) Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand und dem Wert oder Indexstand des Basiswertes zum Ausübungszeitpunkt

bb) bei negativem Differenzbetrag eine Zahlung entfällt.

3. Notierte und nicht notierte Finanzinstrumente im Sinne von vorstehender Nr. 2

a) Die Verwaltungsgesellschaft darf Geschäfte tätigen, die zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen geregelten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben.

b) Geschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen geregelten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nur mit geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge getätigt werden.

c) Die im vorgenannten Absatz b) genannten Geschäfte dürfen mit einem Vertragspartner nur insofern getätigt werden, als der Verkehrswert des Finanzinstrumentes einschliesslich des zugunsten des jeweiligen Teilfonds bestehenden Saldos aller Ansprüche aus offenen, bereits mit diesem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die ein Finanzinstrument zum Gegenstand haben, 5% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens nicht überschreitet.

Bei Überschreitung der vorgenannten Grenze darf die Verwaltungsgesellschaft weitere Geschäfte mit diesem Vertragspartner nur dann tätigen, wenn diese zu einer Verringerung des Saldos führen. Überschreitet der Saldo aller Ansprüche aus offenen, mit dem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 10% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens, so hat die Verwaltungsgesellschaft unter Wahrung der Interessen der Anteilhaber unverzüglich diese Grenze wieder einzuhalten. Konzernunternehmen gelten als ein Vertragspartner.

4. Devisenterminkontrakte und Optionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte mit Absicherungszweck

a) Die Verwaltungsgesellschaft darf nur zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen für Rechnung des jeweiligen Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten.

b) Eine indirekte Absicherung über eine dritte Währung ist unter Verwendung von Devisenterminkontrakten nur zulässig, wenn sie zum Zeitpunkt des Abschlusses dem gleichen wirtschaftlichen Ergebnis wie bei einer Direktabsicherung entspricht und gegenüber einer Direktabsicherung keine höheren Kosten entstehen.

c) Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwebender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden.

d) Die Verwaltungsgesellschaft wird von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anteilhaber für geboten hält.

5. Flüssige Mittel

Der jeweilige Teilfonds kann flüssige Mittel in Form von Bankguthaben und regelmässig gehandelten Geldmarktpapieren in Höhe von max. 49% seines Netto-Teilfondsvermögens halten. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charak-

ter haben. Die Geldmarktpapiere dürfen im Zeitpunkt des Erwerbs für den jeweiligen Teilfonds eine Restlaufzeit von höchstens 12 Monaten haben. Einlagezertifikate desselben Kreditinstituts dürfen nicht mehr als 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens ausmachen. Flüssige Mittel können auch auf eine andere Währung als die des jeweiligen Teilfonds lauten.

6. Weitere Anlagerichtlinien

- a) Wertpapierleerverkäufe oder der Verkauf von Call-Optionen auf Vermögensgegenstände, die nicht zum jeweiligen Teilfondsvermögen gehören, sind nicht zulässig.
- b) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.
- c) Der jeweilige Teilfonds wird nicht in Wertpapiere investieren, die eine unbegrenzte Haftung zum Gegenstand haben.
- d) Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte dürfen nicht getätigt werden.
- e) Es werden keine Vermögenswerte erworben, deren Veräusserung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt.
- f) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

7. Kredite und Belastungsverbote

- a) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstabens b).
- b) Kredite zu Lasten des jeweiligen Teilfonds dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt.
- c) Zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

Art. 5. Anteile - Ausgabe von Anteilen

1. Anteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds. Die Ausgabe der Anteile erfolgt über Namensanteile. Namensanteile werden bis auf drei Dezimalstellen ausgegeben. Die Übertragung dieser Anteile auf die Anteilinhaber erfolgt durch Eintragung in ein von der Verwaltungsgesellschaft oder von einer durch die Verwaltungsgesellschaft beauftragten Person geführtes Anteilsregister. In diesem Zusammenhang werden den Anteilinhabern Bestätigungen betreffend der Eintragung in das Anteilsregister an die im Anteilsregister angegebene Adresse zugesandt. Die Verwaltungsgesellschaft kann zusätzlich oder alternativ auch die Verbriefung in Globalzertifikaten vorsehen. Die Auslieferung effektiver Stücke ist ausgeschlossen. Die Art der auszugebenden Anteile findet Erwähnung in dem jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt des Fonds.

2. Alle Anteile an einem Teilfonds haben grundsätzlich dieselben Rechte.

3. Im Falle von Sparplänen wird höchstens ein Drittel von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen für die Deckung von Kosten verwendet und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmässig verteilt.

4. Anteile werden an jedem Tag, der ein Bankarbeitstag in Luxemburg ist («Bewertungstag»), ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäss Artikel 7 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements zuzüglich eines etwaigen Ausgabeaufschlages zugunsten der Verwaltungsgesellschaft, dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Sonderreglement aufgeführt ist. Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach Eingang des Zeichnungsantrages (unter Einschluss des Tages des Eingangs des Zeichnungsantrages) bei der Depotbank oder einer der Zahlstellen zahlbar. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

5. Die Zeichnungsanträge können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, einer der Zahlstellen oder Vertriebsstellen eingereicht werden. Zeichnungsanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet. Zeichnungsanträge, welche nach 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

6. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und auf den Zeichner in entsprechender Höhe übertragen, indem sie im Falle von Namensanteilen im Anteilsregister zugunsten des Zeichners eingetragen und im Falle von Globalzertifikaten auf ein vom Zeichner anzugebendes Depot gutgeschrieben werden.

Art. 6. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des Fonds bzw. des jeweiligen Teilfonds oder der Anteilinhaber erforderlich erscheint.

2. In diesem Fall wird die Depotbank auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückerstatten.

Art. 7. Anteilwertberechnung

1. Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro (EUR) («Referenzwährung»).

2. Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im jeweiligen Sonderreglement für den betreffenden Teilfonds festgelegte Währung («Teilfondswährung»).

3. Der Anteilwert wird von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bewertungstag berechnet.

4. Zur Berechnung des Anteilwertes wird der Wert der zu dem jeweiligen Teilfonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des jeweiligen Teilfonds («Netto-Teilfondsvermögen») an jedem Bewertungstag (wie in Artikel 5 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements definiert) ermittelt und durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile des jeweiligen Teilfonds geteilt.

5. Soweit in Rechenschafts- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäss den Regelungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Investmentanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewerteten Regeln festlegt.

b) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

c) Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

d) Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber auf einem anderen geregelten, anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäss funktionierenden Markt gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere verkauft werden können.

e) Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die weder an einer Börse amtlich notiert, noch auf einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu ihrem jeweiligen Verkehrswert, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewerteten Regeln festlegt, bewertet.

f) Festgelder können zum Renditekurs bewertet werden, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank geschlossen wurde, gemäss dem die Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisierungswert entspricht.

g) Optionen werden grundsätzlich zu den letzten verfügbaren Börsenkursen bzw. Maklerpreisen des Vortages bewertet. Sofern ein Bewertungstag gleichzeitig Abrechnungstag einer Option ist, erfolgt die Bewertung der entsprechenden Option zu ihrem jeweiligen Schlussabrechnungspreis («settlement price»).

h) Die auf Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere entfallenden anteiligen Zinsen werden mit einbezogen, soweit sie nicht bereits im Kurswert enthalten sind.

i) Alle anderen Vermögenswerte werden zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewerteten Regeln festgelegt hat.

j) Alle nicht auf die Teilfondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Teilfondswährung umgerechnet.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

a) während der Zeit, in der die Anteilwertberechnung von Zielfonds, in welchen ein wesentlicher Teil des jeweiligen Teilfondsvermögens angelegt ist, ausgesetzt ist, oder wenn eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist.

b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Teilfondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäss durchzuführen.

2. Anleger bzw. Anteilhaber, welche einen Zeichnungsantrag bzw. Rücknahmeauftrag oder einen Umtauschantrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

3. Zeichnungsanträge, Rücknahmeaufträge oder Umtauschanträge können im Falle einer Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes vom Anleger bzw. Anteilhaber bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung widerrufen werden.

Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

1. Die Anteilhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Anteilwert gemäss Artikel 7 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages («Rücknahmepreis») zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag im Sinne von Artikel 5 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements. Sollte ein Rücknahmeabschlag zugunsten der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden, so ist dessen maximale Höhe für den betreffenden Teilfonds im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben. Der Rücknahmepreis vermindert sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag, spätestens aber innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag bzw. spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang des vollständigen Rücknahmeauftrages bei der Verwaltungsgesellschaft,

der Depotbank, einer der Zahlstellen oder Vertriebsstellen (unter Einschluss des Tages des Eingangs des vollständigen Rücknahmeauftrages), in der entsprechenden Teilfondswährung, wie sie für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Sonderreglement angegeben ist. Mit Zahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie sonstige Zahlungen an die betreffenden Anteilinhaber erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen.

2. Rücknahmeaufträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Rücknahmepreis des darauffolgenden Bewertungstages abgerechnet. Rücknahmeaufträge, welche nach 12.00 Uhr an einen Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Rücknahmepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank unter Wahrung der Interessen der Anteilinhaber berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme zum dann geltenden Rücknahmepreis. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft achtet aber darauf, dass dem jeweiligen Teilfondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilhabern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

4. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme von Anteilen wegen einer Einstellung der Anteilwertberechnung gemäss Artikel 8 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements zeitweilig einzustellen. Entsprechendes gilt für den Umtausch von Anteilen.

5. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

6. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

7. Anteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, einer der Zahlstellen oder Vertriebsstellen umgetauscht werden.

8. Der Umtausch sämtlicher Anteile oder eines Teils derselben in Anteile eines anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Teilfonds unter Berücksichtigung einer eventuell bestehenden Umtauschprovision zugunsten der Verwaltungsgesellschaft. Die anfallende Umtauschprovision entspricht der Differenz zwischen dem Höchstbetrag des Ausgabeaufschlages, der im Zusammenhang mit der Ausgabe von Anteilen des Teilfonds erhoben werden kann, abzüglich des Ausgabeaufschlages, der vom Anteilinhaber im Zusammenhang mit der Zeichnung der umzutauschenden Anteile gezahlt wurde. Falls keine Umtauschprovision erhoben wird, wird dies für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt erwähnt.

9. Umtauschanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Anteilwert des darauffolgenden Bewertungstages zuzüglich der Umtauschprovision abgerechnet. Umtauschanträge, welche nach 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Anteilwert des übernächsten Bewertungstages zuzüglich der Umtauschprovision abgerechnet. Ein eventueller Überschuss verfällt zugunsten des Teilfonds, in den angelegt wird.

Art. 10. Rechnungsjahr - Abschlußprüfung

1. Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Das erste Rechnungsjahr begann mit Gründung des Fonds und endete am 31. Dezember 2000.

2. Die Jahresabschlüsse des Fonds werden von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

3. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht entsprechend den Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg.

4. Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht. Der erste Bericht war ein geprüfter Zwischenbericht zum 31. Dezember 1999. Der erste ungeprüfte Halbjahresbericht ist zum 30. Juni 2000 erstellt worden. Sofern dies für die Berechtigung zum Vertrieb in anderen Ländern erforderlich ist, können zusätzlich geprüfte und ungeprüfte Zwischenberichte erstellt werden.

Art. 11. Verwendung der Erträge

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Anteilinhaber dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet für den jeweiligen Teilfonds im betreffendem Sonderreglement sowie im betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäss Artikel 1 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausbezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht werden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

Art. 12. Kosten

Neben den im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds festgelegten Kosten trägt jeder Teilfonds folgende Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

1. Für die Verwaltung des jeweiligen Teilfonds erhält die Verwaltungsgesellschaft aus dem betreffenden Teilfondsvermögen eine Vergütung, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Sonderreglement aufgeführt ist. Die Verwaltungsgesellschaft trägt hierbei die jeweils anfallenden Vergütungen der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Hauptverwaltungsstelle sowie des Anlageberaters. Neben den Vergütungen der Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung der Teilfonds wird dem jeweiligen Teilfondsvermögen mittelbar eine Verwaltungsvergütung für die in ihm enthaltenen Zielfonds berechnet. Soweit ein Zielfonds von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet wird, werden dafür dem jeweiligen Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft keine Ausgabeaufschläge, Rücknahmeabschläge und keine Verwaltungsvergütung belastet. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen ein Teilfonds Anteile einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden Satzes verbunden ist. Bei der Verwaltungsvergütung kann das dadurch erreicht werden, dass die Verwaltungsgesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Zielfonds entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung kürzt. Leistungsbezogene Vergütungen und Gebühren für die Anlageberatung fallen ebenfalls unter den Begriff der Verwaltungsvergütung und sind deshalb mit einzubeziehen.

Soweit einzelne Teilfonds jedoch in Zielfonds anlegen, die von anderen Gesellschaften aufgelegt und/oder verwaltet werden, sind gegebenenfalls der jeweilige Ausgabeaufschlag bzw. eventuelle Rücknahmegebühren zu berücksichtigen. Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass zusätzlich zu den Kosten, die dem jeweiligen Teilfondsvermögen gemäss den Bestimmungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements und der Sonderreglements sowie des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) belastet werden, Kosten für das Management und die Verwaltung, die Depotbankvergütung, die Kosten der Wirtschaftsprüfer, Steuern sowie sonstige Kosten und Gebühren der Zielfonds, in welche die einzelnen Teilfonds anlegen, auf das Fondsvermögen dieser Zielfonds anfallen werden und somit eine Mehrfachbelastung mit gleichartigen Kosten entstehen kann.

Die Depotbank erhält von der Verwaltungsgesellschaft aus deren Vermögen eine Depotbankvergütung, welche Bearbeitungsgebühren und Ersatz banküblicher Spesen einschliesst.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann dem jeweiligen Teilfonds ausserdem folgende Kosten belasten:

a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Vermögensgegenständen anfallen, mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Zielfonds, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen ein Teilfonds Anteile einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden Satzes verbunden ist;

b) Steuern, die auf das Teilfondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;

c) Kosten für die Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber des jeweiligen Teilfonds handelt;

d) Kosten des Wirtschaftsprüfers;

e) Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, des jeweiligen Sonderreglements sowie anderer Dokumente, die den jeweiligen Teilfonds betreffen, einschliesslich Anmeldungen zur Registrierung, Verkaufsprospekte (nebst Anhängen) oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschliesslich der örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen/erstellt werden müssen, die Druck- und Vertriebskosten der Rechenschafts- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen sowie Druck- und Vertriebskosten sämtlicher weiterer Berichte und Dokumente, die gemäss den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind sowie sämtliche Verwaltungsgebühren;

f) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen;

g) Versicherungskosten;

h) Vergütung sowie Auslagen und sonstige Kosten der Zahlstellen, der Vertriebsstellen und des Repräsentanten im Ausland, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallen;

i) Zinsen, die im Rahmen von Krediten anfallen, welche gemäss Artikel 4 Nr. 7 Buchstabe b) dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements aufgenommen werden;

j) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen und Mitteilungen;

k) Kosten der Vorbereitung und des Drucks von Anteilzertifikaten sowie Ertragsschein- und Bogenerneuerungen, falls erforderlich;

l) Auslagen eines etwaigen Anlageausschusses;

m) Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen;

n) Kosten für die Gründung des jeweiligen Teilfonds.

Unter 2. b) ist vor allem die *taxe d'abonnement* für die Anlage in Zielfonds Nicht-Luxemburger Rechts zu nennen. Eine Schätzung der unter 2. a) und c) bis 1) fallenden Kosten wird für den jeweiligen Teilfonds im betreffenden Sonderreglement angegeben. Sämtliche Kosten werden zunächst dem laufenden Einkommen und Kapitalgewinnen sowie zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Die Aufteilung der o.g. Kosten, welche nicht ausschliesslich im Zusammenhang mit einem bestimmten Teilfondsvermögen stehen, erfolgt auf das jeweilige Teilfondsvermögen pro rata durch die Verwaltungsgesellschaft.

Art. 13. Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements und der Sonderreglements

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank dieses Allgemeine Verwaltungsreglement sowie die Sonderreglements jederzeit vollständig oder teilweise ändern.

2. Änderungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements sowie der Sonderreglements werden beim Handelsregister des Bezirksgerichtes Luxemburg hinterlegt und im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

Art. 14. Veröffentlichungen

1. Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie alle sonstigen Informationen können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, jeder Zahlstelle und jeder Vertriebsstelle erfragt werden. Sie werden ausserdem in mindestens einer überregionalen Tageszeitung eines jeden Vertriebslandes veröffentlicht.

2. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen geprüften Rechenschaftsbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Grossherzogtum Luxemburg. In jedem Rechenschafts- und Halbjahresbericht wird der Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge angegeben, die jedem Teilfonds im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rückgabe von Zielfondsanteilen berechnet worden sind, sowie die Vergütung angegeben, die dem jeweiligen Teilfonds von einer anderen Verwaltungsgesellschaft (Kapitalanlagegesellschaft) oder einer anderen Investmentgesellschaft einschliesslich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die in dem jeweiligen Teilfonds gehaltenen Zielfondsanteile berechnet wurde.

3. Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), Allgemeines Verwaltungsreglement, Sonderreglements sowie Rechenschafts- und Halbjahresbericht des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, bei jeder Zahlstelle und jeder Vertriebsstelle erhältlich. Der jeweils gültige Depotbankvertrag, die Satzung der Verwaltungsgesellschaft, der Anlageberatungsvertrag, der Hauptverwaltungsdienstleistungsvertrag sowie der Register und Transferstellenvertrag können bei der Verwaltungsgesellschaft, bei den Zahlstellen und Vertriebsstellen an deren jeweiligem Gesellschaftssitz eingesehen werden.

Art. 15. Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Unbeschadet dieser Regelung können der Fonds bzw. ein oder mehrere Teilfonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden, insbesondere sofern seit dem Zeitpunkt der Auflegung erhebliche wirtschaftliche und/oder politische Änderungen eingetreten sind.

2. Die Auflösung des Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;

b) wenn über die Verwaltungsgesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Verwaltungsgesellschaft liquidiert wird;

c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäss Artikel 1 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements bleibt;

d) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 vorgesehenen Fällen.

3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur vorzeitigen Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern des jeweiligen Teilfonds nach deren Anspruch verteilen. Nettoliquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations im Grossherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

4. Die Anteilinhaber, deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können weder die vorzeitige Auflösung noch die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

5. Die Auflösung des Fonds oder eines Teilfonds gemäss Artikel 15 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, darunter das «Luxemburger Wort», veröffentlicht.

Art. 16. Verschmelzung des Fonds und von Teilfonds

Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates gemäss nachfolgender Bedingungen beschliessen, den Fonds oder einen Teilfonds in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA»), der von derselben Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird oder der von einer anderen Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird, einzubringen. Die Verschmelzung kann in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Fondsvermögen bzw. ein Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Fonds bzw. den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Verwaltungsgesellschaft hat diesen Betrag auf 10 Mio. Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Fonds bzw. den Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden Fonds oder Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden OGA verstösst.

Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds oder Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden OGA.

Der Beschluss des Verwaltungsrates der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds wird jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Die Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds haben während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren, wie es in Artikel 9 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements beschrieben ist, zu verlangen. Die Anteile der Anteilhaber, welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGA ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilhaber einen Spitzenausgleich.

Das vorstehend Gesagte gilt gleichermaßen für die Verschmelzung zweier Teilfonds innerhalb des Fonds.

Der Beschluss, den Fonds oder einen Teilfonds mit einem ausländischen OGA zu verschmelzen, obliegt der Versammlung der Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds. Die Einladung zu der Versammlung der Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft zweimal in einem Abstand von mindestens acht Tagen und acht Tage vor der Versammlung in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht. Der Beschluss zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds mit einem ausländischen OGA unterliegt einem Anwesenheitsquorum von 50% der sich im Umlauf befindlichen Anteile und wird mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden oder der mittels einer Vollmacht vertretenen Anteile getroffen, wobei nur die Anteilhaber an den Beschluss gebunden sind, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Bei den Anteilhabern, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben sowie bei allen Anteilhabern, die nicht für die Verschmelzung gestimmt haben, wird davon ausgegangen, dass sie ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben. Im Rahmen dieser Rücknahme dürfen den Anteilhabern keine Kosten berechnet werden.

Art. 17. Verjährung und Vorlagefrist

Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 15 Nr. 3 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

Die Vorlagefrist für Ertragsscheine beträgt 5 Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungsbeträge die nicht innerhalb dieser Frist geltend gemacht werden verfallen zugunsten des Fonds.

Art. 18. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

1. Das Allgemeine Verwaltungsreglement des Fonds sowie das jeweilige Sonderreglement des einzelnen Teilfonds unterliegen dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988. Das Allgemeine Verwaltungsreglement sowie die jeweiligen Sonderreglements sind bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Vertriebslandes zu unterwerfen, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds bzw. Teilfonds beziehen.

2. Der deutsche Wortlaut dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements ist massgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile des Fonds, die an Anleger in einem nicht deutschsprachigen Land verkauft werden, für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in den entsprechenden Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb berechtigt sind.

Art. 19. Inkrafttreten

Dieses Allgemeine Verwaltungsreglement und die Sonderreglements treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Luxemburg, den 6. September 2001

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 17 septembre 2001, vol. 557, fol. 84, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(58953/250/653) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2001.

NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30, Fonds Commun de Placement.

Sonderreglement

Für den Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 («Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik.

Ziel der Anlagepolitik ist es, durch einen den Marktverhältnissen und der gewählten Anlagepolitik entsprechenden Kapitalgewinn in Euro zu erreichen. Die Auswahl der Zielfonds erfolgt vornehmlich unter Ertragsgesichtspunkten.

Bei diesen Zielfonds wird es sich um offene öffentlich vertriebene Aktien-, Renten-, Geldmarkt- und Grundstücksfonds sowie um gemischte Wertpapierfonds und Altersvorsorge-Sondervermögen handeln, welche ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU), den USA, Kanada, Japan, Hongkong oder der

Schweiz unterhalten, wobei nur solche Grundstücksfonds erworben werden dürfen, die in Luxemburg öffentlich vertrieben werden dürfen.

Neben den im Allgemeinen Verwaltungsreglement beschriebenen Anlagerichtlinien gelten die folgenden Grundsätze:

- Es dürfen nur Zielfonds erworben werden, die zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland berechtigt sind.
- Die Höchstanlagen in den verschiedenen Fondskategorien betragen bei
 - + Aktienfonds maximal 30%,
 - + Rentenfonds maximal 100%,
 - + Geldmarktfonds maximal 50%,
 - + Grundstücksfonds maximal 20%,
 - + gemischte Wertpapierfonds maximal 20% und
 - + Altersvorsorge-Sondervermögen maximal 20% des Netto-Teilfondsvermögens.

Art. 2. Teilfondswährung.

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 der Anteilwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Anteilwert des entsprechenden Bewertungstages. Ein Ausgabeaufschlag wird gegenwärtig nicht erhoben.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Kosten.

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 ein Entgelt von bis zu 1,75% p.a. zu erhalten, das monatlich nachträglich auf das Netto - Teilfondsvermögen am Monatsultimo berechnet und monatlich ausgezahlt wird.

2. Die jährlichen, nicht bezifferbaren Kosten (vgl. Artikel 12 des Allgemeinen Verwaltungsreglements Nr. 2 a) und c) bis 1)) werden 0,2% des Netto-Teilfondsvermögens voraussichtlich nicht überschreiten.

Art. 4. Ausschüttungspolitik.

Es ist vorgesehen, die Erträge des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds.

Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten.

Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 ist am 6. September 2001 in Kraft getreten und am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht worden.

Luxemburg, den 6. September 2001.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 17 septembre 2001, vol. 557, fol. 84, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(58954/250/53) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2001.

NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60, Fonds Commun de Placement.

Sonderreglement

Für den Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 («Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik.

Ziel der Anlagepolitik ist es, durch einen den Marktverhältnissen und der gewählten Anlagepolitik entsprechenden Kapitalgewinn in Euro zu erreichen. Die Auswahl der Zielfonds erfolgt unter Ertrags- und Wachstumsgesichtspunkten.

Bei diesen Zielfonds wird es sich um offene öffentlich vertriebene Aktien-, Renten-, Geldmarkt- und Grundstücksfonds sowie um gemischte Wertpapierfonds und Altersvorsorge-Sondervermögen handeln, welche ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU), den USA, Kanada, Japan, Hongkong oder der Schweiz unterhalten, wobei nur solche Grundstücksfonds erworben werden dürfen, die in Luxemburg öffentlich vertrieben werden dürfen.

Neben den im Allgemeinen Verwaltungsreglement beschriebenen Anlagerichtlinien gelten die folgenden Grundsätze:

- Es dürfen nur Zielfonds erworben werden, die zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland berechtigt sind.
- Die Höchstanlagen in den verschiedenen Fondskategorien betragen bei

- + Aktienfonds maximal 60%,
- + Rentenfonds maximal 80%,
- + Geldmarktfonds maximal 50%,
- + Grundstücksfonds maximal 20%,
- + gemischte Wertpapierfonds maximal 20% und
- + Altersvorsorge-Sondervermögen maximal 20% des Netto-Teilfondsvermögens.

Art. 2. Teilfondswährung.

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 der Anteilwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Anteilwert des entsprechenden Bewertungstages. Ein Ausgabeaufschlag wird gegenwärtig nicht erhoben.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Kosten.

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 ein Entgelt von bis zu 2,1% p.a. zu erhalten, das monatlich nachträglich auf das Netto-Teilfondsvermögen am Monatsultimo berechnet und monatlich ausgezahlt wird.

2. Die jährlichen, nicht bezifferbaren Kosten (vgl. Artikel 12 des Allgemeinen Verwaltungsreglements Nr. 2 a) und c) bis 1)) werden 0,2% des Netto-Teilfondsvermögens voraussichtlich nicht überschreiten.

Art. 4. Ausschüttungspolitik.

Es ist vorgesehen, die Erträge des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds.

Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten.

Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 ist am 6. September 2001 in Kraft getreten und am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht worden.

Luxemburg, den 6. September 2001.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 17 septembre 2001, vol. 557, fol. 84, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(58955/250/53) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2001.

NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100, Fonds Commun de Placement.

Sonderreglement

Für den Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 («Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik.

Ziel der Anlagepolitik ist es, durch einen den Marktverhältnissen und der gewählten Anlagepolitik entsprechenden Kapitalgewinn in Euro zu erreichen. Die Auswahl der Zielfonds erfolgt vornehmlich unter Wachstumsgesichtspunkten.

Bei diesen Zielfonds wird es sich um offene öffentlich vertriebene Aktien-, Renten-, Geldmarkt- und Grundstücksfonds sowie um gemischte Wertpapierfonds und Altersvorsorge-Sondervermögen handeln, welche ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU), den USA, Kanada, Japan, Hongkong oder der Schweiz unterhalten, wobei nur solche Grundstücksfonds erworben werden dürfen, die in Luxemburg öffentlich vertrieben werden dürfen.

Neben den im Allgemeinen Verwaltungsreglement beschriebenen Anlagerichtlinien gelten die folgenden Grundsätze:

- Es dürfen nur Zielfonds erworben werden, die zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland berechtigt sind.
- Die Anlagen erfolgen überwiegend in Aktienfonds.
- Die Höchstanlagen in den verschiedenen Fondskategorien betragen bei
 - + Aktienfonds maximal 100%,
 - + Rentenfonds maximal 50%,
 - + Geldmarktfonds maximal 50%,
 - + Grundstücksfonds maximal 20%,
 - + gemischte Wertpapierfonds maximal 20% und
 - + Altersvorsorge-Sondervermögen maximal 20% des Netto-Teilfondsvermögens.

Art. 2. Teilfondswährung.

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 der Anteilwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Anteilwert des entsprechenden Bewertungstages. Ein Ausgabeaufschlag wird gegenwärtig nicht erhoben.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Kosten.

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 ein Entgelt von bis zu 2,45% p.a. zu erhalten, das monatlich nachträglich auf das Netto -Teilfondsvermögen am Monatsultimo berechnet und monatlich ausgezahlt wird.

2. Die jährlichen, nicht bezifferbaren Kosten (vgl. Artikel 12 des Allgemeinen Verwaltungsreglements Nr. 2 a) und c) bis 1)) werden 0,2% des Netto-Teilfondsvermögens voraussichtlich nicht überschreiten.

Art. 4. Ausschüttungspolitik.

Es ist vorgesehen, die Erträge des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds.

Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten.

Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 ist am 6. September 2001 in Kraft getreten und am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht worden.

Luxemburg, den 6. September 2001.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré  Luxembourg, le 17 septembre 2001, vol. 557, fol. 84, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(58956/250/54) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 septembre 2001.

CREDIT AGRICOLE FUNDS, Société d'Investissement  Capital Variable.

Registered office: L-2520 Luxembourg, 39, allée Scheffer.

R. C. Luxembourg B 68.806.

CHRISTIANIA, SICAV, Société d'Investissement  Capital Variable.

Registered office: L-2520 Luxembourg, 39, allée Scheffer.

R. C. Luxembourg B 48.527.

In the year two thousand one, on the nineteenth of September.

Before us Maître Edmond Schroeder, notary residing in Mersch.

Appeared:

Alexandra Gardenghi, residing in Luxembourg,

and

Philippe Zaouati, residing in Niederanven,

respectively acting as proxies in the name and on behalf of each of the following Luxembourg corporations, on the basis of two proxies, which shall remain, attached to the original of these minutes in order to be registered with this deed:

CREDIT AGRICOLE FUNDS, a Luxembourg Société d'Investissement  Capital Variable, with its registered office at 39, Allee Scheffer, L-2520 Luxembourg;

And

CHRISTIANIA SICAV, a Luxembourg Société d'Investissement  Capital Variable, with its registered office at 39, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg.

Who declared the following:

Whereas CREDIT AGRICOLE FUNDS, formerly known as GIF SICAV, is an undertaking for collective investment in transferable securities organised under Part I of the Luxembourg law of 30 March 1988 existing as an umbrella fund with several sub-funds (each a «Portfolio» or «Portfolios») all as described in the prospectus of CREDIT AGRICOLE FUNDS.

The different Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS comprise the following portfolios, the investment objectives and policies of which are described in the Prospectus of CREDIT AGRICOLE FUNDS dated 6 April 2001 accompanied with its first supplement dated 30 April 2001:

Equity Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS

Global / Regional / Country Portfolios of
CREDIT AGRICOLE FUNDS

Europe
Eurostocks
Europe Sector Selection
France
Germany
Global Equities
Iberia
Italy
Japan
Nordic*
North America
Switzerland
United Kingdom

Smaller Companies / Sector Portfolio
CREDIT AGRICOLE FUNDS

Europe Smaller Companies
Japan Smaller Companies
North America Smaller Companies
US Value
Europe Equity Research
Europe Real Estate**
Europe Technology
Global Finance
Global Healthcare
Global Multimedia
Asia/Emerging Markets Portfolios
Asian Growth
Asian Renaissance
Emerging Markets
Eastern Europe
Latin America

Bond Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS

Convertible Bond Portfolios of
CREDIT AGRICOLE FUNDS

European Convertible Bond

Emerging Debt / High Yield Bond Portfolios
of CREDIT AGRICOLE FUNDS

Emerging Markets Debt
European High Yield Bond

Global Bonds Portfolios of
CREDIT AGRICOLE FUNDS

Asian Income
Canadian Dollar Bond**
Euro Bond
Euro Corporate Bond
Global Bond
Libor (USD) Bond
Sterling Bond**
Swiss Franc Bond
US Dollar Bond

Reserve Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS

Euro Reserve
Sterling Reserve
Swiss Franc Reserve**
US Dollar Reserve
Yen Reserve**

* This Portfolio is currently dormant and will be launched on the Effective Date of the Merger at a fixed initial price.

** These Portfolios are currently dormant and will be launched at a subsequent date.

Shares of each Portfolio of CREDIT AGRICOLE FUNDS (except for the Libor (USD) Bond and Europe Equity Research) are divided into four Sub-Classes, each with its own specific fee structure, dividend policy and minimum investment requirement, being the Institutional Sub-Class (Sub-Class I), the Private Sub-Class (Sub-Class P), the Classic Sub-Class (Sub-Class C) and the Classic S Sub-Class (Sub-Class S). The Libor USD Bond will only issue Shares of the Institutional Sub-Class whereas Europe Equity Research will issue both Institutional Sub-Class and Private Sub-Class.

The Shares are further sub-divided into two categories, Distribution Shares and Accumulation Shares. Accumulation Shares are available for all sub-classes while Distribution Shares are only available for the Private and Classic Sub-Classes.

Whereas CHRISTIANIA SICAV is also an undertaking for collective investment in transferable securities organised under Part 1 of the Luxembourg law of 30 March 1988 existing as an umbrella fund with several sub-funds or investment portfolios (each a «Portfolio» or «Portfolios») all as described in the prospectus of CHRISTIANIA SICAV.

The different Portfolios of CHRISTIANIA SICAV are those listed below, the investment objectives and policies of which are described in the Prospectus of CHRISTIANIA SICAV dated February 2000:

- CHRISTIANIA SICAV - Internasjonale Aksjer («K-Internasjonale Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Amerika («K-Amerika»)
- CHRISTIANIA SICAV - Europa («K-Europa»)
- CHRISTIANIA SICAV - Asia («K-Asia»)
- CHRISTIANIA SICAV - Japan («K-Japan»)
- CHRISTIANIA SICAV - Norske Aksjer («K-Norske Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Nordiske Aksjer («K-Nordiske Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Global («K-Global»)
- CHRISTIANIA SICAV - Internasjonale Obligasjoner («K-Internasjonale Obligasjoner»)
- CHRISTIANIA SICAV - Norske Obligasjoner («K-Norske Obligasjoner»)
- CHRISTIANIA SICAV - Reserve («K-Reserve»)

Shares of each Portfolio are divided into two categories, accumulation shares (category A) and accumulation shares reserved for institutional investors (category B).

The Board of Directors of the two Sicavs (the «Boards») propose a merger (the «Merger») of CREDIT AGRICOLE FUNDS and CHRISTIANIA SICAV in view of offering shareholders better investment opportunities and achieving certain economies of scale and cost savings.

PricewaterhouseCoopers, S.à r.l. and KPMG, respectively, as respective independent auditors to the Merger, have been designated to establish reports on the Merger Proposal to the shareholders of CREDIT AGRICOLE FUNDS and CHRISTIANIA SICAV, in accordance with Article 266 of the Luxembourg law of 10 August 1915 on Commercial Companies (the «Law»), as amended.

The proposed Merger is subject to the condition that the shareholders of CHRISTIANIA SICAV approve the present Merger Proposal at an Extraordinary General Meeting of shareholders, in conformity with Luxembourg Company law.

The costs of the merger will be borne by the Promoter of CHRISTIANIA SICAV.

The Effective Day (as this term is hereinafter defined) of the Merger shall be the date at which the Extraordinary General Meeting of shareholders of CHRISTIANIA SICAV shall have been held and shall have ratified and approved the present Merger Proposal, or such other day as decided by the said meeting.

Now therefore,

subject to the approval of the Merger by the shareholders of CHRISTIANIA SICAV deciding at an Extraordinary General Meeting of shareholders the following merger proposal has been adopted:

1. On the date of effect as shall be decided by the Extraordinary General Meeting of shareholders of CHRISTIANIA SICAV (the «Effective Day») - and subject to the shareholders of CREDIT AGRICOLE FUNDS not requesting the convening of an extraordinary general meeting of shareholders pursuant to Article 264 of the Law, CHRISTIANIA SICAV, in pursuance of Article 257 of the Law, shall contribute all its assets and liabilities to CREDIT AGRICOLE FUNDS.

2. In exchange for the contribution, CREDIT AGRICOLE FUNDS shall on the Effective Day issue shares to the shareholders of CHRISTIANIA SICAV as follows:

Portfolios of CHRISTIANIA SICAV	Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS into which Portfolios of CHRISTIANIA SICAV will be merged
	Equities portfolios
K-Internasjonale Aksjer	Global Equites
K-Amerika	North America
K-Europa	Europe Sector Selection
K-Asia	Asian Growth
K-Japan	Japan
K-Norske Aksjer	Nordic
K-Nordiske Aksjer	Nordic
	Bond portfolios
K-Global	Global Bond
K-Internasjonale Obligasjoner	Global Bond
K-Norske Obligasjoner	Euro Bond
	Reserve portfolios
K-Reserve	Euro Reserve

The investment objectives and policies of the Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS are substantially similar to the respective investment objectives and policies of the relevant portfolios of CHRISTIANIA SICAV except for:

- The K-Norske Aksjer which will be merged into the Nordic sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, the investment objectives of which will include the Scandinavian countries (Denmark, Finland, Sweden, Norway and Iceland) and will not be restricted to Norway.

- The K-Nordiske Aksjer which will be merged into the Nordic sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, which will invest principally in Nordic equities (Denmark, Finland, Sweden, Norway and Iceland) and equity related securities, listed on stock exchanges and regulated markets world wide and not in Nordic Equities only.

The K-Norske Obligasjoner which will be merged into the Euro Bond sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS: Euro Bond will indeed be invested principally in fixed or floating rate securities and debt obligations of the governments participating to the European Monetary Union or by supranational entities such as the World Bank and in other high quality bonds primarily denominated in Euro or in the national currency of an EMU country whereas the K-Norske Obligasjoner mainly invests in bonds listed on stock exchange and regulated markets in Norway.

- The K-Amerika which will be merged into the North America sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, the investment objectives of which will be limited to the USA and Canada and will not include Central and South America.

- The K-Asia which will be merged into the Asian Growth sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, the investment objectives of which will be limited to Asia (excluding Japan) and will not include Oceania. It will also be possible for the Asian Growth Portfolio to invest from time to time in companies listed on other stock exchanges, the majority of whose earnings are derived from the region.

- The K-Global and K-Internasjonale Obligasjoner which will be merged into the Global Bond sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, which will be invested principally in fixed or floating rate securities and debt obligations issued or guaranteed by the major OECD governments or supranational entities, and in other high quality bonds denominated in

freely convertible currencies whereas the K-Global and K-Internasjonale Obligasjoner mainly invest in equities and bonds listed on stock exchanges and regulated markets world-wide.

- The K-Reserve which will be merged into the Euro Reserve sub-fund of CREDIT AGRICOLE FUNDS, which will invest exclusively in negotiable debt instruments denominated in Euro or in other currencies fully hedged into Euro whereas the K-Reserve mainly invests in negotiable debt securities expressed in NOK.

CREDIT AGRICOLE FUNDS shall issue to the shareholders of CHRISTIANIA SICAV without charge, shares without par value of the relevant portfolio of CREDIT AGRICOLE FUNDS (the «New Shares») (including fractional shares up to three decimal places) in exchange for the contribution of all assets and liabilities of the relevant portfolio of CHRISTIANIA SICAV, in registered form to the shareholders of CHRISTIANIA SICAV, on the basis of the shareholders' register of CHRISTIANIA SICAV on the Effective Day.

Accordingly, CREDIT AGRICOLE FUNDS shall issue New shares of the Private Sub-Class (Sub-Class P), New shares of the Classic Sub-Class (Sub-Class C) and New shares of the Institutional Sub-Class (Sub-Class I) to CHRISTIANIA SICAV shareholders, depending on their current status on the Effective Day.

CHRISTIANIA SICAV shareholders who do qualify as clients of CREDIT AGRICOLE INDOSUEZ Private Banking will receive New Sub-Class P shares, in accumulation form.

The minimum initial subscriptions amount of USD 10,000 required for the Private Sub-Class will not be applied to former shareholders of CHRISTIANIA SICAV.

CHRISTIANIA SICAV shareholders who do not qualify as clients of CRÉDIT AGRICOLE INDOSUEZ Private Banking will receive New Sub-Class C shares, in accumulation form.

Institutional investors (category B) of CHRISTIANIA SICAV, fulfilling the condition of the minimum initial subscriptions amount of USD 500 000 will receive New Sub-Class I shares, in accumulation form.

Whereas

Institutional investors (category B) of CHRISTIANIA SICAV, who do not fulfil the condition of the minimum initial subscriptions amount of USD 500 000 will receive New Sub-Class C shares or may redeem their shares free of charge until the business day prior to the effective day of the merger.

The New Shares will, on the Effective Day, be issued at the net asset value per share of the corresponding Portfolio of CREDIT AGRICOLE FUNDS prevailing on the Effective Day.

The exchange ratio between shares of the different sub-funds of CHRISTIANIA SICAV and shares of the different sub-funds of CREDIT AGRICOLE FUNDS will be determined on the basis of the net asset value of such shares on the Effective Day taking into account the relevant foreign exchange rate, which shall apply to determine such exchange ratio to the extent shares in each Sub-Fund of CHRISTIANIA SICAV were denominated in NOK whereas the reference currency of the Sub-Funds of CREDIT AGRICOLE FUNDS will vary depending on the relevant Sub-Fund. This exchange ratio will be certified by the independent auditors.

3. As from the Effective Day, all assets and liabilities of CHRISTIANIA SICAV shall be transferred to CREDIT AGRICOLE FUNDS and for accounting purposes the operations of CHRISTIANIA SICAV will be considered as accomplished for the account of CREDIT AGRICOLE FUNDS.

4. As a result of the Merger, CHRISTIANIA SICAV shall cease to exist and all its shares in issue shall be cancelled.

5. The registered shareholders of CHRISTIANIA SICAV shall automatically be registered in the share register of CREDIT AGRICOLE FUNDS and share confirmations relating to the registered shares of CREDIT AGRICOLE FUNDS shall be sent out to all former registered shareholders of CHRISTIANIA SICAV confirming their new shareholding in CREDIT AGRICOLE FUNDS.

6. Upon request, registered share certificates of CREDIT AGRICOLE FUNDS shall be issued by the Transfer Agent of CREDIT AGRICOLE FUNDS to the former shareholders of CHRISTIANIA SICAV so requesting in writing within 10 business days from the Effective Day.

7. As from the Effective Day, shares of CREDIT AGRICOLE FUNDS attributed to shareholders of CHRISTIANIA SICAV shall in all respects have the same rights as those of the relevant Portfolios of CREDIT AGRICOLE FUNDS issued thereafter, in particular as to their voting rights and as to their entitlement to benefits.

The following documents are made available free of charge to the shareholders at the registered office:

- (i) the text of the Merger Proposal;
- (ii) the current prospectus of CREDIT AGRICOLE FUNDS;
- (iii) the audited annual accounts of CREDIT AGRICOLE FUNDS as at 30 June 1998, 30 June 1999 and 30 June 2000, and semi-annual accounts as at 31 December 2000;
- (iv) the audited annual accounts of CHRISTIANIA SICAV as at 31 December 1998, 31 December 1999, 31 December 2000 and semi-annual accounts as at 30 June 2001;
- (v) the report of the Directors of CHRISTIANIA SICAV and CREDIT AGRICOLE FUNDS;
- (vi) the special reports of the auditors.

Expenses

The expenses, costs, fees and charges of any kind whatsoever, as a result of this deed are estimated at approximately thirty thousand Luxembourg francs (30,000.- LUF).

The undersigned notary who knows English, states herewith that on the request of the above appearing persons the present deed is worded in English followed by a French version; on request of the same persons and in case of any difference between the English and the French text, the English text will be binding.

Whereof the present original deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the persons appearing all of whom are known to the notary by their surnames, civil status and residence, the said persons sign together with us, notary, this original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille un, le dix-neuf septembre,
Devant Nous M^e Edmond Schroeder, notaire de résidence à Mersch.

Ont comparu:

Alexandra Gardenghi, demeurant à Luxembourg,

et

Philippe Zaouati, demeurant à Niederanven,

agissant respectivement en qualité de mandataires au nom et pour le compte de chacune des sociétés luxembourgeoises désignées ci-après, en vertu de deux procurations qui demeureront attachées à l'original de ce procès-verbal en vue d'être enregistrées avec celui-ci:

CREDIT AGRICOLE FUNDS, une Société d'Investissement à Capital Variable Luxembourgeoise, ayant son siège social au 39, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg;

et

CHRISTIANIA SICAV, une Société d'Investissement à Capital Variable Luxembourgeoise, ayant son siège social au 39, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg.

Qui ont déclaré ce qui suit:

alors que CREDIT AGRICOLE FUNDS, auparavant connu comme GIF SICAV, est un organisme de placement collectif en valeurs mobilières organisé, conformément à la Partie I de la loi luxembourgeoise du 30 mars 1988, comme fonds à compartiments multiples avec différents portefeuilles d'actifs (chacun un «Portfeuille» ou les «Portefeuilles»), tel que cela est décrit dans le prospectus de CREDIT AGRICOLE FUNDS.

Les différents Portefeuilles de CREDIT AGRICOLE FUNDS comprennent les portefeuilles suivants, dont les objectifs et les politiques d'investissement sont décrits dans le Prospectus de CREDIT AGRICOLE FUNDS daté du 6 Avril 2001, accompagné de son addendum du 30 Avril 2001.

Portefeuilles d'actions

Actions: Global / Regional / Pays

Europe

Eurostocks

Europe Sector Selection

France

Germany

Global Equities

Iberia

Italy

Japan

Nordic*

North America

Switzerland

United Kingdom

Actions: Petites capitalisations / Secteur

Europe Smaller Companies

Japan Smaller Companies

North America Smaller Companies

US Value

Europe Equity Research

Europe Real Estate**

Europe Technology

Global Finance

Global Healthcare

Global Multimedia

Actions: Asie/Marchés émergents

Asian Growth

Asian Renaissance

Emerging Markets

Eastern Europe

Latin America

Portefeuilles d'obligations

Convertible Bond Portfolios

European Convertible Bond

Emerging Debt / High Yield Bond Portfolios

Emerging Markets Debt

European High Yield Bond

Global Bonds Portfolios

Asian Income

Canadian Dollar Bond**

Euro Bond

Euro Corporate Bond

Global Bond

Libor (USD) Bond

Sterling Bond**

Swiss Franc Bond

US Dollar Bond

Portefeuilles Reserve

Euro Reserve

Sterling Reserve

Swiss Franc Reserve**

US Dollar Reserve

Yen Reserve**

* Ce Portfeuille est actuellement en sommeil et sera lancé le Jour Effectif de la Fusion à un prix initial fixé.

** Ces Portefeuilles sont actuellement en sommeil et seront lancés à une date ultérieure.

Les Actions de chaque Portefeuille (à l'exception du Libor USD Bond et de Europe Equity Research) sont divisées en quatre Sous-Classes, chacune avec sa propre structure de commission, de politique de dividende et d'exigence d'investissement minimum, à savoir: la Sous-Classe «Institutional» (Sous-Classe I), la Sous-Classe «Private» (Sous-Classe P), la Sous-Classe «Classic» (Sous-Classe C) et la Sous-Classe «Classic S» (Sous-Classe S). Le compartiment Libor USD Bond n'émettra que des Actions de la Sous-Classe «Institutional», alors que le compartiment Europe Equity Research émettra des actions des Sous-Classes «Institutional» et «Private».

Les Actions sont ensuite sous divisées en deux catégories, les Actions de Distribution et les Actions de Capitalisation. Les Actions de Capitalisation sont disponibles pour toutes les Sous-Classes, tandis que les Actions de Distribution ne sont disponibles que pour les Sous-Classes «Private» et «Classic».

ALORS QUE CHRISTIANIA SICAV est également un organisme de placement collectif en valeurs mobilières, organisé conformément à la Partie I de la loi luxembourgeoise du 30 mars 1988, comme fonds à compartiments multiples avec différents portefeuilles d'actifs (chacun un «Portefeuille» ou des «Portefeuilles»), tous décrits dans le Prospectus de CHRISTIANIA SICAV.

Les différents Portefeuilles de CHRISTIANIA SICAV sont ceux listés ci-dessous, dont les objectifs et les politiques d'investissement sont décrits dans le Prospectus de CHRISTIANIA SICAV daté de Février 2000:

- CHRISTIANIA SICAV - Internasjonale Aksjer («K-Internasjonale Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Amerika («K-Amerika»)
- CHRISTIANIA SICAV - Europa («K-Europa»)
- CHRISTIANIA SICAV - Asia («K-Asia»)
- CHRISTIANIA SICAV - Japan («K-Japan»)
- CHRISTIANIA SICAV - Norske Aksjer («K-Norske Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Nordiske Aksjer («K-Nordiske Aksjer»)
- CHRISTIANIA SICAV - Global («K-Global»)
- CHRISTIANIA SICAV - Internasjonale Obligasjoner («K-Internasjonale Obligasjoner»)
- CHRISTIANIA SICAV - Norske Obligasjoner («K-Norske Obligasjoner»)
- CHRISTIANIA SICAV - Reserve («K-Reserve»).

Chaque Portefeuille est composé d'actions divisées en deux catégories, les actions de capitalisation (catégorie A) et les actions de capitalisation réservées aux investisseurs institutionnels (catégorie B).

Les Conseils d'Administration des deux Sicavs (les «Conseils») proposent une fusion (la «Fusion») de CREDIT AGRICOLE FUNDS et CHRISTIANIA SICAV en vue d'offrir aux actionnaires de meilleures opportunités d'investissement et de réaliser des économies d'échelle ainsi qu'une économie sur les frais.

PricewaterhouseCoopers, S.à r.l. et KPMG, respectivement, ont été désignés comme auditeurs indépendants de la Fusion pour établir les rapports sur la Proposition de Fusion aux actionnaires de CREDIT AGRICOLE FUNDS et CHRISTIANIA SICAV, conformément aux dispositions de l'article 266 de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales (la «Loi»), telle que modifiée.

La Fusion proposée est sujette à la condition d'approbation du projet de fusion par une Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de CHRISTIANIA SICAV, conformément à la loi luxembourgeoise sur les sociétés commerciales.

Les frais relatifs à la fusion seront supportés par le promoteur de CHRISTIANIA SICAV.

La Date Effective (telle que définie ci-après) de la Fusion sera la date à laquelle l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de CHRISTIANIA SICAV aura été tenue et aura ratifié et approuvé le présent Projet de Fusion, ou toute autre date choisie par ladite assemblée.

Il a dès lors été convenu,

sous réserve de l'approbation de la Fusion par les actionnaires de CHRISTIANIA SICAV décidant en Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires, la Proposition de Fusion suivante a été adoptée:

1. A la date déterminée par l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de CHRISTIANIA SICAV (la «Date Effective») - et sous condition que les actionnaires de CREDIT AGRICOLE FUNDS ne demandent pas la tenue d'une assemblée générale des actionnaires conformément à l'article 264 de la Loi, CHRISTIANIA SICAV, conformément à l'article 257 de la Loi, apportera l'ensemble de ses actifs et ses engagements à CREDIT AGRICOLE FUNDS.

2. En échange de l'apport, CREDIT AGRICOLE FUNDS émettra, à la Date Effective, des Actions aux actionnaires de CHRISTIANIA SICAV comme suit:

Portefeuille de CHRISTIANIA SICAV

Portefeuilles de CREDIT AGRICOLE FUNDS dans
lesquels les Portefeuilles
CHRISTIANIA SICAV seront fusionnés

Portefeuilles d'actions

K-Internasjonale Aksjer
K-Amerika
K-Europa
K-Asia
K-Japan
K-Norske Aksjer
K-Nordiske Aksjer

Global Equites
North America
Europe Sector Selection
Asian Growth
Japan
Nordic
Nordic

Portefeuilles d'obligations	
K-Global	Global Bond
K-Internasjonale Obligasjoner	Global Bond
K-Norske Obligasjoner	Euro Bond
Portefeuilles Reserve	
K-Reserve	Euro Reserve

Les objectifs et politiques d'investissement des portefeuilles de CREDIT AGRICOLE FUNDS sont substantiellement similaires aux objectifs et politiques d'investissement respectifs des Portefeuilles correspondants de CHRISTIANIA SICAV, à l'exception:

- du compartiment K-Norske Aksjer fusionnant dans le compartiment Nordic de CREDIT AGRICOLE FUNDS. Les objectifs d'investissement de ce dernier incluent les pays scandinaves (Danemark, Finlande, Suède, Norvège et Islande) et ne sont pas limités à la Norvège.

- du compartiment K-Nordiske Aksjer fusionnant dans le compartiment Nordic de CREDIT AGRICOLE FUNDS, lequel investit principalement en actions nordiques et en instruments liés à des actions nordiques, cotées sur les marchés d'actions autorisées et autres Marchés Réglementés dans le monde entier.

- du compartiment K-Norske Obligasjoner fusionnant dans le compartiment Euro Bond de CREDIT AGRICOLE FUNDS. Les objectifs d'investissement de ce dernier incluent les pays de l'Union Monétaire Européenne et ne sont pas limités à la Norvège.

CREDIT AGRICOLE FUNDS émettra aux actionnaires de CHRISTIANIA SICAV, sans frais, des Actions sans valeur nominale du Portefeuille correspondant de CREDIT AGRICOLE FUNDS (les «Nouvelles Actions») (comprenant des fractions d'Actions jusqu'à trois décimales) en considération de l'apport de l'ensemble des actifs et des engagements du Portefeuille correspondant de CHRISTIANIA SICAV, sous forme nominative aux actionnaires de CHRISTIANIA SICAV, sur la base des actionnaires nominatifs figurant au registre des actionnaires de CHRISTIANIA SICAV à la Date Effective.

Par conséquent, CREDIT AGRICOLE FUNDS émettra aux actionnaires de CHRISTIANIA SICAV de nouvelles Actions de la sous-classe privée (sous-classe P), de nouvelles Actions de la sous-classe classique (sous-classe C) ainsi que de nouvelles actions de la sous-classe institutionnelle (sous-classe I) en fonction de leur situation à la Date Effective.

Les actionnaires de CHRISTIANIA SICAV qualifiés de clients de la Banque Privée du CRÉDIT AGRICOLE INDO-SUEZ recevront de nouvelles Actions de capitalisation de la sous-classe P.

Le montant minimum de souscription initiale de USD 10,000 requis pour la sous-classe privée ne s'appliquera pas aux anciens actionnaires de CHRISTIANIA SICAV.

Les actionnaires de CHRISTIANIA SICAV qui ne sont pas qualifiés de clients de la Banque Privée du CREDIT AGRICOLE INDO-SUEZ recevront de nouvelles Actions de capitalisation de la sous-classe C.

Les investisseurs institutionnels (catégorie B) de CHRISTIANIA SICAV, remplissant la condition requise d'un montant minimum de souscription initiale de USD 500.000, recevront de nouvelles Actions de capitalisation de la sous-classe I.

Tandis que

Les investisseurs institutionnels (catégorie B) de CHRISTIANIA SICAV, qui ne remplissent pas la condition requise d'un montant minimum de souscription initiale de USD 500.000, recevront de nouvelles Actions de capitalisation de la sous-classe C ou bénéficieront d'un droit de rachat, sans frais, de leurs actions jusqu'au jour précédant la Date Effective de Fusion.

Les Nouvelles Actions seront émises à la Date Effective à la valeur nette d'inventaire par action du portefeuille correspondant de CREDIT AGRICOLE FUNDS en cours à la Date Effective.

Le nombre de Nouvelles Actions qui seront émises sera calculé sur la base du ratio d'échange qui correspondra à la valeur nette d'inventaire par action des Nouvelles Actions des différents compartiments de CREDIT AGRICOLE FUNDS en comparaison avec la valeur nette d'inventaire par action des Actions respectives des différents compartiments de CHRISTIANIA SICAV à la Date Effective; afin de déterminer ce ratio d'échange, il faudra également prendre en considération le taux d'échange applicable puisque les Actions des compartiments de CHRISTIANIA SICAV sont libellées en NOK, tandis que la devise de référence des compartiments de CREDIT AGRICOLE FUNDS varie en fonction de ces mêmes compartiments. Ce ratio d'échange sera certifié par les auditeurs indépendants.

3. A compter de la Date Effective, tous les actifs et engagements de CHRISTIANIA SICAV seront transférés à CREDIT AGRICOLE FUNDS, et en raison des exigences comptables, les opérations de CHRISTIANIA SICAV seront considérées comme accomplies pour le compte de CREDIT AGRICOLE FUNDS.

4. Du fait de la Fusion, CHRISTIANIA SICAV cessera d'exister et toutes ses Actions émises seront annulées.

5. Les actionnaires nominatifs de CHRISTIANIA SICAV seront automatiquement inscrits dans le registre des actionnaires de CREDIT AGRICOLE FUNDS et les confirmations d'Actions relatives aux Actions nominatives de CREDIT AGRICOLE FUNDS seront envoyées à tous les anciens actionnaires nominatifs de CHRISTIANIA SICAV confirmant leur nouvel actionariat auprès de CREDIT AGRICOLE FUNDS.

6. Sur demande, des certificats d'Actions nominatives de CREDIT AGRICOLE FUNDS seront émis par l'Agent de Transfert de CREDIT AGRICOLE FUNDS aux anciens actionnaires de CHRISTIANIA SICAV qui en feront la demande dans un délai de 10 jours ouvrables à partir de la Date Effective.

7. A compter de la Date Effective, les Actions de CREDIT AGRICOLE FUNDS attribuées aux actionnaires de CHRISTIANIA SICAV auront les mêmes droits que celles des Portefeuilles correspondants de CREDIT AGRICOLE FUNDS émises par la suite, en particulier en ce qui concerne leurs droits de vote et leur droit aux dividendes.

Les documents suivants sont mis gratuitement à la disposition des actionnaires au siège social:

- (i) le texte de la Proposition de Fusion;
- (ii) le prospectus actuel de CREDIT AGRICOLE FUNDS;

(iii) les comptes annuels audités de CREDIT AGRICOLE FUNDS au 30 juin 1998, 30 juin 1999 et 30 juin 2000, ainsi que les comptes semi-annuels au 31 décembre 2000;

(iv) les comptes annuels audités de CHRISTIANIA SICAV au 31 décembre 1998, 31 décembre 1999 et 31 décembre 2000, ainsi que les comptes semi-annuels au 30 juin 2001;

(v) les rapports des Administrateurs de CHRISTIANIA SICAV et de CREDIT AGRICOLE FUNDS;

(vi) les rapports spéciaux des auditeurs.

Frais

Les frais, dépenses, honoraires et charges de toute nature liés à cet acte s'élèvent approximativement à trente mille francs luxembourgeois (30.000,- LUF).

Le notaire soussigné, qui connaît la langue anglaise, déclare par les présentes qu'à la requête des personnes comparant, le présent acte est rédigé en anglais, suivi d'une traduction française; à la demande des mêmes personnes et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont Acte, fait et passé à Mersch, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: A. Gardenghi, P. Zaouati, E. Schroeder.

Enregistré à Mersch, le 20 septembre 2001, vol. 419, fol. 39, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour expédition conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 20 septembre 2001.

E. Schroeder.

(59882/228/428) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 septembre 2001.

GENOSCIENCE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2128 Luxembourg, 22, rue Marie-Adélaïde.

STATUTS

L'an deux mille un, le neuf janvier.

Par-devant Maître Aloyse Biel, notaire de résidence à Capellen.

Ont comparu:

1. La société anonyme holding VALENTIN CAPITAL MANAGEMENT HOLDING S.A.H. avec siège social à Luxembourg, 22 rue Marie-Adélaïde,

ici représentée par deux de ses administrateurs:

- Maître Arsène Kronshagen, avocat à la Cour, demeurant à Luxembourg.

- Madame Tina Cardoso, employée privée, demeurant à Esch-sur-Alzette.

2. La société anonyme holding CLAIRBIO CAPITAL MANAGEMENT HOLDING S.A.H. avec siège social à Luxembourg, 22 rue Marie-Adélaïde,

ici représentée par deux de ses administrateurs:

- Maître Arsène Kronshagen, prénommé.

- Madame Tina Cardoso, prénommée.

Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société qu'ils vont constituer entre eux:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de GENOSCIENCE S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société a pour objet le développement sous la forme de services et de produits des outils destinés à l'information et à l'aide à la décision dans le domaine de la santé et des sciences de la vie et des nouvelles technologies.

La création d'un ou plusieurs établissements secondaires en France, dans les D.O.M., les pays de la Communauté Economique Européenne, l'Amérique et l'Asie.

Elle peut faire toutes opérations industrielles, commerciales et financières, mobilières ou immobilières pouvant se rattacher directement ou indirectement, en tout ou en partie à son objet social, et à tous objets similaires ou connexes.

La participation de la société à toutes entreprises ou sociétés, créées ou à créer, acquisitions ou locations de tous fonds de commerce, de tous brevets, licences, marques, modèles et procédés de fabrication pouvant se rattacher directement ou indirectement à l'objet social et tous objets similaires ou connexes notamment aux entreprises ou sociétés dont l'objet serait susceptible de concourir à la réalisation de l'objet social, et ce par tous moyens, voie de création de sociétés nouvelles, d'apports, de souscription ou d'achat de titres ou droits sociaux, fusion, association en participation, groupement d'intérêt économique ou autrement.

Art. 5. Le capital initial est fixé à cent mille US dollars (100.000,- USD) , représenté par 1.000.000 d'actions d'une valeur nominale de 0,1 USD chacune.

Les actions sont nominatives.

Les actions de la société peuvent être créées, aux choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions dans les conditions prévues par la loi.

Augmentation de capital.

Le capital autorisé est fixé à cinq millions US dollars (5.000.000,- USD), représenté par 1.000.000 actions d'une valeur nominale de 5 USD chacune.

Le capital autorisé et le capital souscrit peuvent être augmentés ou réduits en concordance avec les dispositions légales applicables aux modifications des statuts ainsi que suivant les prescriptions spéciales des présents statuts.

En outre, le Conseil d'Administration est pendant une période de cinq ans autorisé à augmenter, en une ou plusieurs fois, le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé.

Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission ainsi qu'il sera déterminé par le Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration est spécialement autorisé à procéder à de telles émissions sans réserver aux actionnaires antérieurs un droit préférentiel de souscription des actions à émettre. Le Conseil d'Administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée, pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le Conseil d'Administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, il fera adapter le présent article.

La société peut acquérir ou racheter ses propres actions conformément aux prescriptions légales.

Clause restrictive de la cessibilité des actions. Droit de préférence

La cession des parts entre vifs et la transmission pour cause de mort ne sont soumises à aucune restriction si elles ont lieu au profit du conjoint, d'un ascendant ou descendant d'un actionnaire.

Dans tous les autres cas, la cession et la transmission sont soumises:

- a) à un droit de préférence;
- b) en cas de non-exercice total ou partiel du droit de préférence, à l'agrément du cessionnaire ou de l'héritier ou légataire.

1. Droit de préférence:

L'associé qui veut céder tout ou partie de ses parts doit en informer le conseil d'administration, par lettre recommandée, en indiquant:

- le nombre et les numéros des parts dont la cession est demandée;
- les nom, prénoms, profession et domicile du cessionnaire proposé.

Dans les huit jours de la réception de cette lettre, le conseil transmet la demande aux autres actionnaires par lettres recommandées.

Les autres actionnaires ont un droit de préférence pour le rachat des parts dont la cession est proposée. Ce droit s'exerce proportionnellement au nombre de parts possédées par chacun des actionnaires qui exercent le droit de préférence. Le non-exercice total ou partiel par un actionnaire de son droit de préférence accroît celui des autres.

En aucun cas les parts ne sont fractionnées; si le nombre de parts à céder n'est pas exactement: proportionnel au nombre de parts pour lequel s'exerce le droit de préférence, les parts en excédent sont, à défaut d'accord, attribuées par la voie du tirage au sort et par les soins du conseil d'administration.

L'actionnaire qui entend exercer son droit de préférence doit en informer le conseil, par lettre recommandée, dans les quinze jours de la réception de la lettre l'avisant de la demande de cession, faute de quoi, il est déchu de son droit de préférence.

Le prix d'achat est fixé chaque année par l'assemblée générale après adoption du bilan; ce point doit être porté à l'ordre du jour. Le prix ainsi fixé est valable jusqu'à l'assemblée générale annuelle suivante et ne peut être modifié entre-temps que par une décision de l'assemblée générale convoquée à cet effet et qui statuera à la majorité simple des voix représentées.

Le prix est payable au plus tard dans l'année à compter de la demande de cession. Le dividende de l'année en cours est réparti prorata temporis entre le cédant et le cessionnaire à compter de la même date.

2. Agrément:

Les parts qui ne sont pas absorbées par l'exercice du droit de préférence ne peuvent être cédées au cessionnaire proposé ou transmises aux héritiers et légataires que moyennant l'agrément de la moitié au moins des actionnaires possédant les trois quarts au moins du capital, déduction faite des droits dont la cession ou la transmission est proposée.

3. Refus d'agrément:

Le refus d'agrément ne donne lieu à aucun recours.

Cession entre vifs:

Les actionnaires opposants ont deux mois à dater du refus pour trouver acheteurs, faute de quoi ils sont tenus d'acquiescer eux-mêmes les parts ou de lever l'opposition.

Le prix d'achat et les modalités de paiement sont fixés comme il est dit ci-avant dans le présent article.

En aucun cas, le cédant ne peut demander la dissolution de la société.

Titre II.- Administration, surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le conseil d'administration désigne parmi ses membres un président, en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou téléfax, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou téléfax.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 9. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle du délégué du conseil.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommé(s) pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Année sociale - Assemblée Générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le 22 mars à 11.00 heures à Luxembourg au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que leurs modifications ultérieures, trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

1. Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le trente et un décembre 2001.
2. La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en 2001.

Souscription et libération

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1.) La S.A.H. VALENTIN CAPITAL MANAGEMENT HOLDING S.A.H., préqualifiée.	400.000 actions
2.) La S.A.H. CLAIRBIO CAPITAL MANAGEMENT HOLDING S.A.H., préqualifiée	600.000 actions
Total: un million d'actions	1.000.000 actions

Toutes les actions ont été intégralement libérées par des versements en espèces de sorte que la somme de cent mille US dollars (100.000,- USD) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire-rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à charge en raison de sa constitution, s'élève approximativement à la somme de quatre-vingt-dix mille francs (90.000,- LUF).

Les frais et honoraires des présentes sont à charge de la société. Elle s'engage solidairement ensemble avec les comparants au paiement desdits frais.

Pour les besoins de l'enregistrement le capital social est évalué à la somme de quatre millions trois cent cinq mille francs.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare aussi avoir informé les comparants au sujet des formalités d'ordre administratif nécessaires en vue de l'obtention d'une autorisation d'établissement préalable à l'exercice de toute activité.

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

1) Le nombre des administrateurs est fixé à cinq et celui des commissaires à un.

2) Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur le Docteur Philippe Halfon,

b) Maître Arsène Kronshagen, prénommé.

c) Monsieur le Docteur Chalom Sayada, demeurant à Boston MA 02110101 Federal Street.

Monsieur le Docteur Philippe Halfon, prénommé, est nommé Président du conseil d'Administration.

Est nommé administrateur délégué de la société, Monsieur Chalom Sayada, demeurant à Luxembourg, 22, rue Marie-Adélaïde, qui pourra engager la société sous sa seule signature conformément à l'article 10 des statuts.

3) Est appelée aux fonctions de commissaire:

Madame Tina Cardoso, employée privée, demeurant à Esch-sur-Alzette, 22 route de Lallange.

4) Les mandats des administrateurs, administrateur-délégué et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2005.

5) Le siège social de la société est fixé à L-2128 Luxembourg, 22 rue Marie-Adélaïde.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: A. Kronshagen, T. Cardoso, A. Biel.

Enregistré à Capellen, le 16 janvier 2001, vol. 420, fol. 78, case 9. – Reçu 43.050 francs.

Le Receveur (signé): J. Medinger.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande pour servir aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Capellen, le 7 février 2001.

A. Biel.

(18558/203/197) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

DIRECT CONSTRUCTIONS, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-3334 Hellange, 11, rue de la Gare.

R. C. Luxembourg B 75.405.

L'an deux mille, le deux novembre.

S'est tenue une assemblée générale extraordinaire de la société à responsabilité limitée, DIRECT CONSTRUCTIONS, S.à r.l., avec siège social à Hellange (L-3334), 11, rue de la Gare, constituée suivant acte reçu par le notaire Maître Georges d'Huart, de résidence à Pétange, en date du 31 mars 2000.

Ont comparu:

1) Monsieur Didier Heinz, demeurant en France à F-57100 Thionville

2) Monsieur Charles Joseph Decker, demeurant à L-3334 Hellange

3) Madame Svetlana Stoyanova, demeurant à Esch-sur-Alzette

Que l'ordre du jour de la présente assemblée est contenu comme suit:

L'assemblée désigne comme cogérante Madame Svetlana Stoyanova, assurant la gérance technique, et Monsieur Charles Joseph Decker comme gérant administratif.

Pour tout engagement de la société, DIRECT CONSTRUCTIONS, S.à r.l., sera requis la signature des personnes précitées, à savoir Madame Svetlana Stoyanova et Monsieur Charles Joseph Decker.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, fait et passée à Hellange, date qu'en tête des présentes.

D. Heinz / C. Decker / S. Stoyanova

Enregistré à Luxembourg, le 23 novembre 2000, vol. 546, fol. 44, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(18608/000/24) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

GOLEM INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 19-21, boulevard du Prince Henri.

STATUTS

L'an deux mille, le six décembre.

Par-devant Maître Paul Bettingen, notaire de résidence à Niederanven.

Ont comparu:

1) La société GOLEM S.r.l., avec siège social à Poggibonsi (Italie), Via Borgomarturi, 44.

2) Monsieur Richard Marck, directeur de banque, demeurant à Luxembourg,

Tous deux ici représentés par la société anonyme dénommée SOCIETE EUROPEENNE DE BANQUE, ayant son siège social à L-1724 Luxembourg, 19-21, Boulevard du Prince Henri,

inscrite au registre de commerce et des sociétés à Luxembourg, section B sous le numéro 13.859,

laquelle est ici représentée par Monsieur Lino Berti, employé privé, demeurant à Luxembourg et par Monsieur Massimo Longoni, employé privé, demeurant à Luxembourg

en vertu de procurations sous seing privé,

lesquelles procurations, signées ne varietur, resteront annexées au présent acte avec lequel elles seront soumises aux formalités de l'enregistrement.

Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter, ainsi qu'il suit, les statuts d'une société qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Dénomination - Siège - Durée- Objet**Art. 1^{er}.** Il est constitué par les présentes une société luxembourgeoise, sous forme de société anonyme.

Elle existera sous la dénomination de GOLEM INTERNATIONAL S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.**Art. 3.** La société a pour objet la participation, sous quelque forme que ce soit, dans toutes entreprises luxembourgeoises et étrangères, l'acquisition de tous titres et droits, par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat et de toute autre manière et entre autres l'acquisition de brevets et licences, leur gestion et leur mise en valeur, ainsi que toutes opérations se rattachant directement ou indirectement à son objet, en empruntant notamment avec ou sans garantie et en toutes monnaies, par la voie d'émissions d'obligations qui pourront également être convertibles et/ou subordonnées et de bons et en accordant des prêts ou garanties à des sociétés dans lesquelles elle aura pris des intérêts.

En outre, la société peut effectuer toutes opérations commerciales, financières, mobilières et immobilières se rattachant directement ou indirectement à son objet ou susceptibles d'en faciliter la réalisation.

Art. 4. La société est constituée pour une durée illimitée.

Elle peut être dissoute par décision de l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires statuant comme en matière de modification de statuts.

Art. 5. Le capital souscrit est fixé à trente et un mille euros (EUR 31.000,-) représenté par trois mille cents actions (3.100) d'une valeur nominale de dix euros (EUR 10,-) chacune.

Toutes les actions sont au porteur ou nominatives au choix de l'actionnaire.

Le capital autorisé est fixé à cinq millions d'euros (EUR 5.000.000,-) représenté par cinq cent mille actions (500.000) d'une valeur nominale de dix euros (EUR 10,-) chacune.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

Le Conseil d'Administration est autorisé, pendant une période de cinq ans prenant fin le 6 décembre 2005 à augmenter en temps qu'il appartiendra le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé.

Ces augmentations du capital peuvent, ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration, être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission à libérer en espèces, en nature ou par compensation avec des créances certaines, liquides et immédiatement exigibles vis-à-vis de la société ou même, en cas d'autorisation adéquate de l'assemblée ayant décidé la constitution de ces réserves ou primes, par incorporation de bénéfices reportés, de réserves disponibles ou de primes d'émission, ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration.

Le conseil d'administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le conseil d'administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, le présent article sera à considérer comme automatiquement adapté à la modification intervenue.

Art. 6. La société ne reconnaît qu'un titulaire par titre. Si le titre appartient à plusieurs personnes ou s'il est grevé d'un usufruit ou d'un gage, la société a la faculté de suspendre l'exercice des droits y afférents jusqu'à ce qu'une seule personne soit désignée comme étant, à son égard, titulaire de ces droits.**Art. 7.** La société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non. La société est engagée en toute hypothèse par la signature conjointe de deux administrateurs et, en ce qui concerne la gestion journalière, par le préposé à la gestion journalière, le tout sans préjudice de délégations spéciales.

Les opérations de la société sont surveillées par un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non.

Les administrateurs et commissaires sont nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui fixe leur nombre et la durée de leur mandat et peut les révoquer en tout temps. Ils sont rééligibles. Au cas où aucune durée n'est fixée lors de la nomination de ces organes, ces organes sont nommés pour une durée d'un an.

Les mandats ne peuvent, sauf réélection, excéder une durée de six années. Ils prennent fin immédiatement après l'assemblée générale ordinaire de l'année de leur expiration.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur nommé par l'assemblée, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale procède à l'élection définitive lors de sa première réunion.

Art. 8. Le conseil d'administration peut élire un président parmi ses membres. Il peut élire un ou plusieurs vice-présidents. En cas d'empêchement du président ou d'un vice-président, l'administrateur désigné à cet effet par les administrateurs présents le remplace.

Art. 9. Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président du conseil ou d'un vice-président, ou de deux administrateurs.

Les réunions ont lieu à l'endroit, au jour et à l'heure désignés dans les avis de convocation.

Le conseil d'administration peut se réunir et statuer valablement, même sans convocation préalable, chaque fois que tous les administrateurs sont présents ou représentés et consentent à délibérer sur les objets portés à l'ordre du jour.

Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si cinquante pour cent au moins de ses membres participent à la délibération en votant personnellement ou par mandataire. La délibération peut également intervenir par le biais du téléphone ou de la vidéoconférence. Le mandat ne peut être donné qu'à un autre administrateur. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues.

Dans le cas où le vote serait exprimé par écrit au moyen de télégrammes, télex ou télécopie, les résolutions doivent recueillir l'unanimité des administrateurs.

Une décision écrite signée par tous les administrateurs est aussi régulière et valable comme si elle avait été adoptée lors d'une réunion du conseil d'administration dûment convoquée et tenue. Une telle décision pourra être documentée par un ou plusieurs écrits séparés ayant le même contenu, signés chacun par un ou plusieurs administrateurs.

Art. 10. Les délibérations du conseil sont constatées par des procès-verbaux signés par deux administrateurs.

Art. 11. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration ou de disposition qui intéressent la société. Tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale, par la loi ou par les présents statuts, est de sa compétence.

Il peut notamment et sans que la désignation qui va suivre soit limitative, faire et conclure tous contrats et actes nécessaires à l'exécution de toutes entreprises ou opérations qui intéressent la société, donner mainlevée, décider de tous apports, en donner valable quittance, faire et autoriser tous retraits, emprunter même au moyen d'émissions d'obligations.

Art. 12. Le conseil d'administration peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs, en ce qui concerne la gestion journalière, à une ou plusieurs personnes, actionnaires ou non, dont il fixe les conditions d'exercice des pouvoirs par des signataires accrédités par lui, ainsi que les rémunérations spéciales attachées à ces délégations. Lorsque la délégation est faite à un membre du conseil, l'autorisation préalable de l'assemblée générale est requise.

Le conseil peut également conférer tous pouvoirs spéciaux à un ou plusieurs mandataires de son choix, administrateurs ou non.

Art. 13. Les assemblées générales autres que l'assemblée générale ordinaire se tiennent soit au siège social, soit en tout autre lieu indiqué dans la convocation faite par le conseil d'administration.

L'ordre du jour des assemblées générales ordinaires est arrêté par le conseil. L'ordre du jour devra être indiqué dans les convocations.

Le conseil d'administration peut pour la tenue de l'assemblée générale imposer, aux actionnaires souhaitant y assister, de déposer leurs actions cinq jours francs avant l'assemblée.

L'assemblée désigne le président de l'assemblée qui peut être le président du conseil d'administration, un administrateur ou une personne choisie par l'assemblée. Le président de l'assemblée préside le bureau et désigne un secrétaire, actionnaire ou non, chargé de la rédaction du procès-verbal de l'assemblée.

L'assemblée désigne un scrutateur qui peut être actionnaire ou non.

Les assemblées générales ordinaires annuelles et les assemblées générales ordinaires convoquées extraordinairement prennent leurs décisions à la majorité des membres présents ou représentés.

Art. 14. L'assemblée générale a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'excédent favorable du bilan, déduction faite des frais généraux et d'exploitation, des charges sociales et des amortissements nécessaires, constitue le bénéfice de la société.

Sur le bénéfice net ainsi déterminé, il est prélevé cinq pour cent pour être affecté à la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque le fonds de réserve aura atteint le dixième du capital.

L'affectation à donner au solde du bénéfice sera déterminée annuellement sur proposition du conseil d'administration par l'assemblée générale ordinaire.

Cette affectation peut comporter la distribution de dividendes, la création ou l'alimentation de fonds de réserve, de provision, le report à nouveau, ainsi que l'amortissement du capital sans que le capital exprimé soit réduit.

Les dividendes éventuellement attribués sont payés aux endroits et aux époques déterminés par le conseil d'administration. L'assemblée générale peut autoriser le conseil d'administration à payer les dividendes en toute autre monnaie

que celle dans laquelle le bilan est dressé et à déterminer souverainement le taux de conversion du dividende dans la monnaie du paiement effectif.

Le conseil d'administration peut procéder à un versement d'acomptes sur dividendes aux conditions et suivant les modalités fixées par la loi.

Art. 16. Les controverses qui pourraient surgir entre:

- la société et les actionnaires,
- les actionnaires, la société et le conseil d'administration,
- administrateurs,
- actionnaires,

pour des questions internes à la vie même de la société, et à la détention des actions, exception faite de celles qui, selon la loi, ne peuvent pas être compromises, seront déferées à la résolution d'un collège arbitral composé de trois arbitres dont deux seront nommés par les parties intéressées et le dernier, qui aura fonction de président sera désigné par les arbitres nommés préalablement.

En cas de désaccord sur la nomination de l'arbitre qui aura fonction de président, la nomination sera de la compétence du Président du Tribunal d'Arrondissement de Luxembourg sur recours de la partie la plus diligente.

Les arbitres décident en étant dispensés de toutes formalités officielles, et doivent émettre leur sentence endéans les 90 jours de leur nomination.

Art. 17. L'assemblée générale entend les rapports des administrateurs et des commissaires et discute les comptes annuels.

Après l'adoption des comptes annuels, l'assemblée générale se prononce par un vote spécial sur la décharge des administrateurs et des commissaires. Cette décharge n'est valable que si le bilan ne contient ni omission, ni indication fautive dissimulant la situation réelle de la société, et, quant aux actes faits en dehors des statuts, que s'ils ont été spécialement indiqués dans la convocation.

Art. 18. L'assemblée générale extraordinaire peut modifier les statuts dans toutes leurs dispositions. Des convocations sont faites dans les formes prescrites pour les assemblées générales ordinaires.

Les assemblées générales extraordinaires sont régulièrement constituées et ne délibèrent valablement qu'autant qu'elles soient composées d'un nombre d'actionnaires ou de mandataires spéciaux d'actionnaires représentant la moitié au moins du capital social et que l'ordre du jour indique les modifications statutaires proposées et le cas échéant, le texte de celles qui touchent à l'objet ou à la forme de la société.

Si la première de ces conditions n'est pas remplie, une nouvelle assemblée peut être convoquée par le conseil d'administration, dans les mêmes formes statutaires; cette convocation reproduit l'ordre du jour en indiquant la date et le résultat de la précédente assemblée.

La seconde assemblée délibère valablement, quel que soit le quorum de présence.

Dans les deux assemblées, les résolutions, pour être valables, devront réunir les deux tiers au moins des voix des actionnaires présents ou représentés.

Art. 19. Les assemblées générales, tant ordinaires qu'extraordinaires peuvent se réunir et statuer valablement, même sans convocation préalable, chaque fois que tous les actionnaires sont présents ou représentés et consentent à délibérer sur les objets portés à l'ordre du jour.

Art. 20. A tout moment, l'assemblée générale extraordinaire peut, sur la proposition du conseil d'administration, prononcer la dissolution de la société. En cas de dissolution de la société, l'assemblée générale extraordinaire règle le mode de liquidation et nomme un ou plusieurs liquidateurs ayant pour mission de réaliser tout l'actif mobilier et immobilier de la société et d'éteindre le passif.

Sur l'actif net provenant de la liquidation après extinction du passif, il sera prélevé une somme nécessaire pour rembourser le montant libéré et non amorti des actions; quant au solde, il sera réparti au prorata entre toutes les actions.

Art. 21. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

Art. 22. L'assemblée générale se réunira de plein droit dans la commune du siège social, le deuxième jeudi du mois de juin à 11.00 heures. Si ce jour est férié, l'assemblée aura lieu le premier jour ouvrable bancaire suivant, à la même heure.

Art. 23. Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et aux lois modificatives.

Dispositions transitoires

Le premier exercice commence le jour de la constitution et se termine le 31 décembre 2001.

La première assemblée générale annuelle se réunira le deuxième jeudi du mois de juin 2002 à 11.00 heures.

Souscription - Libération

Les statuts de la société ayant ainsi été établis, les comparants déclarent souscrire à toutes les actions représentant l'intégralité du capital social, comme suit:

1. La société GOLEM S.r.l., préqualifiée, trois mille quatre-vingt-dix-neuf actions	3.099
2. Monsieur Richard Marck, préqualifié, une action	1
Total: trois mille cent actions	3.100

Toutes ces actions ont été libérées intégralement par des versements en espèces de sorte que la somme totale de trente et un mille (EUR 31.000,-) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant, au moyen d'un certificat bancaire, qui le constate expressément.

Déclaration - Evaluation - Frais

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié les conditions prévues par l'article vingt-six de la loi du 10 août 1915, telle que modifiée ultérieurement et en constate expressément l'accomplissement.

Le montant, au moins approximatif, des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, est évalué approximativement à soixante mille francs (60.000,-)

Assemblée Générale Extraordinaire

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit, se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale extraordinaire.

Après avoir constaté que la présente assemblée est régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

1. Le nombre des administrateurs est fixé à cinq (5) et celui des commissaires à un (1).

2. Ont été appelés aux fonctions d'administrateurs:

- a) Madame Simone Strocchi, employée de banque, demeurant à Luxembourg, Président.
- b) Monsieur Massimo Longoni, employé de banque, demeurant à Luxembourg, Administrateur.
- c) Monsieur Jean-Pierre Verlaine, employé de banque, demeurant à Luxembourg, Administrateur.
- d) Monsieur Georges Chamagne, employé de banque, demeurant à Luxembourg, Président.
- e) Madame Isabelle Dumont, employée privée, demeurant à Luxembourg, Administrateur

3. Le mandat des administrateurs est fixé à une année et se terminera lors de l'assemblée générale annuelle à tenir en 2002.

4. La société DELOITTE & TOUCHE, établie à L-8009 Strassen, 3, rue d'Arlon, est désignée comme commissaire aux comptes en charge de la révision des comptes de la société.

5. Le mandat du commissaire aux comptes est fixé à une année et se terminera lors de l'assemblée générale annuelle à tenir en 2002.

6. L'assemblée autorise dès à présent le conseil d'administration à désigner un ou plusieurs de ses membres comme délégué(s) à la gestion journalière, le(s)quel(s) portera(ont) le titre d'administrateur(s)-délégué(s).

7. Le siège de la société est fixé à L-1724 Luxembourg, 19-21, Boulevard du Prince Henri.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: L. Berti, M. Longoni, P. Bettingen.

Enregistré à Luxembourg, le 15 décembre 2000, vol. 7CS, fol. 27, case 3. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée à la société aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Niederanven, le 5 janvier 2001.

P. Bettingen.

(18559/202/223) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

LUX DELIVERY S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-4995 Schouweiler, 12A, rue du Neuf Septembre.

L'an deux mille un, le deux mars.

Par-devant Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Grand-Duché de Luxembourg).

Ont comparu:

1.- Madame Ellen Pipeleers, chauffeur, demeurant à L-4831 Rodange, 81, rue de Longwy.

2.- Monsieur Albert Verenne, employé de l'État, demeurant à B-7100 La Louvière, 19, rue de Hocquet.

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentant de dresser acte constitutif d'une société anonyme qu'ils déclarent constituer entre eux et dont ils ont arrêté les statuts comme suit:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est constitué par les présentes entre les comparants et tous ceux qui deviendront propriétaires des actions ci-après créées une société anonyme, dénommée: LUX DELIVERY S.A.

Art. 2. Le siège de la société est établi à Schouweiler (Grand-Duché de Luxembourg).

Par simple décision du conseil d'administration, la société pourra établir des filiales, succursales, agences ou sièges administratifs aussi bien dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Le siège social pourra être transféré par décision de l'assemblée générale extraordinaire délibérant comme en cas de modification des statuts dans toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, se sont produits ou seront imminents, le siège social pourra être transféré provisoirement à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anor-

males, sans que toutefois cette mesure puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La société est établie pour une durée illimitée.

Art. 4. La société a pour objet principal le transport par route de marchandises ainsi que l'achat, la vente et la location de véhicules de transport.

Elle a encore pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

La société peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, de cession, d'échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder à d'autres sociétés tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société aura tous pouvoirs nécessaires à l'accomplissement ou au développement de son objet, dans le cadre de toutes activités permises à une Société de Participations Financières.

Art. 5. Le capital social souscrit est fixé à trente et un mille euros (EUR 31.000,-) représenté par trois mille et cent (3.100) actions d'une valeur nominale de dix euros (EUR 10,-) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

La société peut, dans la mesure et aux conditions prescrites par la loi, racheter ses propres actions.

Le capital souscrit de la société peut être augmenté ou réduit par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés pour un terme qui ne peut excéder six ans par l'assemblée générale des actionnaires et toujours révocables par elle.

En cas de vacance d'une place d'administrateur nommé par l'assemblée générale, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement. Dans ce cas, l'assemblée générale, lors de la première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration élit parmi ses membres un président. En cas d'empêchement du président, l'administrateur désigné à cet effet par les administrateurs présents le remplace. Le premier président pourra être nommé par l'assemblée générale des actionnaires.

Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président ou sur la demande de deux administrateurs.

Le conseil ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs étant admis. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues. Les administrateurs peuvent émettre leur vote sur les questions à l'ordre du jour par lettre, télégramme, télex ou télécopie, ces trois derniers étant à confirmer par écrit.

Une décision prise par écrit, approuvée et signée par tous les administrateurs, produira effet au même titre qu'une décision prise à une réunion du conseil d'administration.

Art. 8. Toute décision du conseil est prise à la majorité absolue des membres présents ou représentés. En cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion du conseil est prépondérante.

Art. 9. Les procès-verbaux des séances du conseil d'administration sont signés par les membres présents aux séances.

Les copies ou extraits seront certifiés conformes par un administrateur ou par un mandataire.

Art. 10. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous les actes d'administration et de disposition qui rentrent dans l'objet social. Il a dans sa compétence tous les actes qui ne sont pas réservés expressément par la loi et les statuts à l'assemblée générale.

Art. 11. Le conseil d'administration pourra déléguer tout ou partie de ses pouvoirs de gestion journalière à des administrateurs ou à des tierces personnes qui ne doivent pas nécessairement être actionnaires de la société. La délégation à un administrateur est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

La (Les) première(s) personne(s) à qui sera (seront) déléguée(s) la gestion journalière peut (peuvent) être nommée(s) par la première assemblée générale des actionnaires.

Art. 12. Vis-à-vis des tiers, la société est engagée en toutes circonstances par la signature conjointe de deux (2) administrateurs ou par la signature individuelle d'un administrateur-délégué dans les limites de ses pouvoirs. La signature d'un seul administrateur sera toutefois suffisante pour représenter valablement la société dans ses rapports avec les administrations publiques.

Art. 13. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut pas dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Assemblée Générale

Art. 14. L'assemblée générale réunit tous les actionnaires. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour décider des affaires sociales. Les convocations se font dans les formes et délais prévus par la loi.

Art. 15. L'assemblée générale annuelle se réunit dans la commune du siège social, à l'endroit indiqué dans la convocation, le deuxième jeudi du mois de mai de chaque année à 10.00 heures.

Si la date de l'assemblée tombe sur un jour férié, elle se réunit le premier jour ouvrable qui suit.

Art. 16. Une assemblée générale extraordinaire peut être convoquée par le conseil d'administration ou par le(s) commissaire(s). Elle doit être convoquée sur la demande écrite d'actionnaires représentant le cinquième du capital social.

Année sociale - Répartition des bénéfices

Art. 17. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de la même année. Le conseil d'administration établit les comptes annuels tels que prévus par la loi.

Art. 18. L'excédant favorable du bilan, déduction faite des charges et des amortissements, forme le bénéfice net de la société. Sur ce bénéfice il est prélevé cinq pour cent (5%) au moins pour la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque la réserve aura atteint dix pour cent (10%) du capital social.

Le solde est à la disposition de l'assemblée générale.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

L'assemblée générale peut décider que les bénéfices et réserves distribuables seront affectés à l'amortissement du capital sans que le capital exprimé soit réduit.

Dissolution - Liquidation

Art. 19. La société peut être dissoute par décision de l'assemblée générale, statuant suivant les modalités prévues pour les modifications des statuts.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommées par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs.

Disposition générale

Art. 20. La loi du 10 août 1915 et ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y a pas été dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

- 1.- Le premier exercice social commence le jour de la constitution de la société et se termine le 31 décembre 2001.
- 2.- La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en mai 2002.

Souscription et libération

Les actions ont été souscrites comme suit:

1.- Madame Ellen Pipeleers, prénommée, mille cinq cent cinquante actions	1.550
2.- Monsieur François Perrerr, prénommé, mille cinq cent cinquante actions	1.550
Total: trois mille cent actions	3.100

Toutes les actions ainsi souscrites ont été intégralement libérées par des versements en numéraire, de sorte que la somme de trente et un mille euros (EUR 31.000,-) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant.

Constatation

Le notaire déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Frais

Les parties ont évalué les frais incombant à la société du chef de sa constitution à environ soixante mille francs luxembourgeois.

Pro-Fisco

Pour les besoins de l'enregistrement, il est constaté que le capital social souscrit à hauteur de trente et un mille euros (EUR 31.000,-) équivaut à la somme d'un million deux cent cinquante mille cinq cent trente-sept francs luxembourgeois (LUF 1.250.537,-).

Assemblée Générale Extraordinaire

Et à l'instant les comparants, ès qualités qu'ils agissent, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ont à l'unanimité des voix, pris les résolutions suivantes:

Première résolution

Le nombre d'administrateurs est fixé à trois (3) et celui des commissaires à un (1).

Sont nommés aux fonctions d'administrateurs:

- 1.- Madame Ellen Pipeleers, chauffeur, demeurant à L-4831 Rodange, 81, rue de Longwy.
- 2.- Monsieur François Perrerr, chauffeur, demeurant à B-4800 Verviers, 1b, place de l'Enfance.
- 3.- Monsieur Albert Verenne, employé de l'État, demeurant à B-7100 La Louvière, 19, rue de Hocquet.

Deuxième résolution

Est nommée aux fonctions de commissaire:

La société SOCIETE FIDUCIAIRE S.A., société anonyme, établie et ayant son siège social à L-2444 Luxembourg, 14, rue des Romains.

Troisième résolution

Le mandat des administrateurs et du commissaire ainsi nommés prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle statutaire de l'an 2006.

Quatrième résolution

L'adresse de la société est fixée à L-4995 Schouweiler, 12A, rue du neuf Septembre.

Le conseil d'administration est autorisé à changer l'adresse de la société à l'intérieur de la commune du siège social statutaire.

Cinquième résolution

L'assemblée générale autorise le conseil d'administration à déléguer la gestion journalière de la société, ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs de ses membres.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture, les comparants prémentionnés ont signé avec le notaire instrumentant, le présent acte.

Signé: E. Pipeleers, A. Verenne, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 6 mars 2001, vol. 857, fol. 49, case 5. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 13 mars 2001.

J.-J. Wagner.

(18561/239/159) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

**CUMULUS REINSURANCE COMPANY, Société Anonyme,
(anc. SKANDIA REINSURANCE S.A.).**

Siège social: Luxembourg, 11, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 24.867.

Les comptes annuels au 31 décembre 2000, tels qu'approuvés par l'assemblée générale ordinaire des actionnaires, enregistrés à Luxembourg, le 13 mars 2001, vol. 550, fol. 70, case 9, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 mars 2001.

Pour la société

CUMULUS REINSURANCE COMPANY S.A.

SINSER (LUXEMBOURG), S.à r.l.

Signature

(18606/682/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

CUMULUS REINSURANCE COMPANY, Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 11, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 24.867.

Conseil d'administration

Monsieur Johan Bergenstjerna, IF P&C INSURANCE Ltd (Publ.), Stockholm, Suède,

Monsieur Gerhard Schönbeck, IF P&C INSURANCE Ltd (Publ.), Stockholm, Suède,

Monsieur Tom Melbye Eide, IF P&C INSURANCE Ltd (Publ.), Stockholm, Suède.

Réviseur d'entreprises

KPMG Audit.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale annuelle du 2 mars 2001

L'assemblée générale du 2 mars 2001 a réélu Messieurs Johan Bergenstjerna, Tom Melbye Eide et Gerhard Schönbeck.

Le mandat des administrateurs prendra fin après l'Assemblée qui statuera sur l'exercice 2001.

L'assemblée générale a réélu KPMG comme réviseur d'entreprises. Son mandat prendra fin immédiatement après l'assemblée générale qui statuera sur l'exercice 2001.

Pour CUMULUS REINSURANCE COMPANY S.A.

SINSER (LUXEMBOURG), S.à r.l.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 13 mars 2001, vol. 550, fol. 70, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(18607/682/23) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

BF MEAT, S. à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 3, rue Guillaume Kroll.

R. C. Luxembourg B 64.310.

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Luxembourg, le 12 mars 2001, vol. 550, fol. 64, case 9, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 mars 2001.

Signatures.

(18582/768/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

CL EARTH FUND, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 26A, boulevard Royal.

R. C. Luxembourg B 35.241.

Le bilan au 31 octobre 2000, enregistré à Luxembourg, le 13 mars 2001, vol. 550, fol. 70, case 7, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 mars 2001.

Signatures.

(18595/019/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 mars 2001.

PARFINLUX S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

R. C. Luxembourg B 48.619.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 25 octobre 2001 à 14.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 juillet 2001
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes
4. Nominations statutaires
5. Divers.

I (04417/534/15)

Le Conseil d'Administration.

QUATINGO HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 32.607.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 23 octobre 2001 à 14.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 juin 2001, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 30 juin 2001.
4. Décision sur la continuation de l'activité de la société en relation avec l'article 100 sur la législation de sociétés.
5. Nominations statutaires.
6. Divers.

I (04427/005/17)

Le Conseil d'Administration.

TITLIS PARTICIPATIONS S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 32.613.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 22 octobre 2001 à 16.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 juin 2001, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 30 juin 2001.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

I (04428/005/16)

*Le Conseil d'Administration.***BNP INTER FUTURES, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-2449 Luxembourg, 22, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 52.202.

Nous vous prions de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au 5, rue Jean Monnet, L-2180 Luxembourg, le jeudi 25 octobre 2001 à 11.00 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises sur l'exercice clôturé au 30 juin 2001;
2. Approbation des états financiers au 30 juin 2001;
3. Quitus aux Administrateurs pour l'accomplissement de leur mandat;
4. Composition du Conseil d'Administration;
5. Renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises pour un terme d'un an;
6. Divers.

Aucun quorum de présence n'est requis pour les points à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Annuelle. Les décisions seront prises à la majorité des actions présentes et représentées à l'Assemblée.

Pour avoir le droit d'assister ou de se faire représenter à cette Assemblée, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres, cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets de BNP PARIBAS LUXEMBOURG, 10A, boulevard Royal, L-2093 Luxembourg.

I (04456/755/22)

*Le Conseil d'Administration.***BNP PORTFOLIO, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-2180 Luxembourg, 5, rue Jean Monnet.
R. C. Luxembourg B 47.390.

Nous vous prions de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

de BNP PORTFOLIO, Société d'Investissement à Capital Variable, qui se tiendra au siège social de la Société le mercredi 24 octobre 2001 à 11.00 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises sur l'exercice clôturé au 30 juin 2001;
2. Approbation des états financiers au 30 juin 2001;
3. Quitus aux Administrateurs pour l'accomplissement de leur mandat;
4. Composition du Conseil d'Administration;
5. Renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises pour un terme d'un an;
6. Divers.

Aucun quorum de présence n'est requis pour les points à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Annuelle. Les décisions seront prises à la majorité des actions présentes et représentées à l'Assemblée.

Pour avoir le droit d'assister ou de se faire représenter à cette Assemblée, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres, cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets de BNP PARIBAS LUXEMBOURG 10A, boulevard Royal, L-2093 Luxembourg.

I (04460/755/22)

*Le Conseil d'Administration.***SOCIETE FINANCIERE DE PARTICIPATION FIGUIER.**

Siège social: Luxembourg, 8, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 48.147.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

des actionnaires, qui se tiendra au siège social à Luxembourg, 8, boulevard Joseph II, le 5 novembre 2001 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation du Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes concernant l'année financière se terminant au 31 décembre 2000;
2. Approbation des bilans concernant l'année mentionnée ci-dessus et affectation des résultats;
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire;
4. Divers.

I (04475/000/16)

*Le conseil d'administration.***EURTECH FINANCE S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: Luxembourg, 19, rue de Kirchberg.
R. C. Luxembourg B 40.564.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 23 octobre 2001 à 10.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2000.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

I (04476/696/14)

*Le Conseil d'Administration.***ASSET LIFE, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-8010 Strassen, 224, route d'Arlon.
R. C. Luxembourg B 54.352.

Par le présent avis, les actionnaires sont conviés à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ANNUELLE

de ASSET LIFE-SICAV, qui se tiendra au 52, route d'Esch, L-2965 Luxembourg, le 15 octobre 2001 à 15.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 juin 2001.
3. Affectation des résultats.
4. Décharge des Administrateurs et du Réviseur d'Entreprises pour l'exécution de leur mandat pendant l'exercice se terminant le 30 juin 2001.
5. Nominations statutaires.
6. Divers.

La présente Assemblée délibèrera valablement quelle que soit la portion du capital représentée et les décisions seront adoptées à la majorité simple des voix des actionnaires présents ou représentés. Pour l'adoption du Point n° 3, les décisions relatives à un compartiment déterminé seront adoptées à la majorité simple des actionnaires présents ou représentés du compartiment concerné.

Afin d'assister à l'Assemblée du 17 octobre 2001 à 15.00 heures, les détenteurs d'actions au porteur devront déposer leurs titres 5 jours francs avant l'Assemblée à la ING BANK (LUXEMBOURG) S.A.

I (04480/755/24)

*Le Conseil d'Administration.***S.A.D.E.M. S.A., SOCIETE ANONYME DES ENTREPRISES MINIERES, Société Anonyme Holding.**

Siège social: Luxembourg, 22, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 6.016.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

tenue Extraordinairement qui se tiendra le vendredi 26 octobre 2001 à 15.00 heures au 23, avenue de la Porte-Neuve à Luxembourg avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapports du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels aux 31 décembre 1991, 31 décembre 1992, 31 décembre 1993, 31 décembre 1994, 31 décembre 1995, 31 décembre 1996, 31 décembre 1997, 31 décembre 1998, 31 décembre 1999 et 31 décembre 2000 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs pour la période du 5 octobre 1999 au 26 octobre 2001,

- Nomination des nouveaux Administrateurs,
- Quitus à donner au Commissaire aux Comptes pour la période du 5 octobre 1999 au 26 octobre 2001,
- Nomination du nouveau Commissaire aux comptes,
- Conversion du capital social de la société en EURO,
- Transfert du siège social.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

I (04501/755/24)

Le Conseil d'Administration.

BRUPHI S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.

R. C. Luxembourg B 64.269.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le jeudi 25 octobre 2001 à 11.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

1. Modification du premier alinéa de l'article 2 des statuts qui aura désormais la teneur suivante: «Le siège social est établi à Luxembourg.»
2. Changement de la monnaie d'expression du capital social de la société de LUF en EUR avec effet au 1^{er} janvier 2001, au cours de 1,- Euro pour 40,3399 LUF, le nouveau capital de la société s'élevant à trente mille neuf cent quatre-vingt-six euros et soixante-neuf cents (Euros 30.986,69)
3. Augmentation du capital social de la société pour le porter de son montant actuel de trente mille neuf cent quatre-vingt-six euros et soixante-neuf cents (Euros 30.986,69) à trente-deux mille euros (32.000,- EUR) par incorporation d'une partie des résultats reportés à concurrence de mille treize euros et trente et un cents (1.013,31 EUR).
4. Suppression pure et simple de la valeur nominale des actions, celles-ci jouissant toujours des mêmes droits et avantages.
5. Modification afférente de l'article 5 des statuts.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

I (04517/755/23)

Le Conseil d'Administration.

GENERAL MANAGEMENT, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2951 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 60.766.

Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social de la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A., 50, avenue J.F. Kennedy à Luxembourg, le 25 octobre 2001 à 11.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration sur l'exercice clos le 30 juin 2001.
2. Lecture du rapport du réviseur d'entreprises.
3. Approbation des comptes annuels de l'exercice clos le 30 juin 2001.
4. Affectation du bénéfice.
5. Décharge aux administrateurs pour l'exercice clos le 30 juin 2001.
6. Nomination des administrateurs et du réviseur d'entreprises.
7. Divers.

Les propriétaires d'actions au porteur, désireux d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire, devront effectuer le dépôt et demander le blocage de leurs actions au moins cinq jours francs avant le 25 octobre 2001 aux guichets de la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A., Luxembourg.

Pour des raisons d'organisation, nous serions obligés aux propriétaires d'actions nominatives désireux d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire, de bien vouloir manifester par écrit (lettre ou procuration) leur intention de prendre part au vote au moins cinq jours francs avant le 25 octobre 2001.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent pas de quorum spécial et seront adoptées si elles sont votées par la majorité des actions présentes ou représentées.

I (04518/584/26)

Le Conseil d'Administration.

40846

BESTHOLD S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 26.509.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le mardi 16 octobre 2001 à 16.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels au 30 septembre 2001 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes,
- Renouvellement du mandat des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (04320/755/17)

Le Conseil d'Administration.

GLOBALTRAD S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 28.981.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 17 octobre 2001 à 10.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 30 juin 2001.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Autorisation au Conseil d'Administration dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998, de procéder aux formalités de conversion du capital social (et du capital autorisé) en EURO, d'augmenter le capital social (et le capital autorisé), d'adapter ou de supprimer la désignation de valeur nominale des actions et d'adapter les statuts en conséquence.
6. Divers.

Pour être admis à cette assemblée, tout actionnaire doit déposer ses titres porteur ou ses certificats nominatifs au siège social cinq jours avant la date fixée pour l'assemblée.

II (04334/534/21)

Le Conseil d'Administration.

FAUSTA PARTICIPATIONS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2535 Luxembourg, 16, boulevard Emmanuel Servais.
R. C. Luxembourg B 73.067.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 16 octobre 2001 à 15.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- Lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux Comptes portant sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2000;
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000;
- Affectation des résultats au 31 décembre 2000;
- Vote spécial conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales;
- Décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
- Nomination des Administrateurs et du Commissaire aux comptes;
- Divers.

II (04343/817/18)

Le Conseil d'Administration.

FARINA EUROPEAN INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 31.647.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le mardi 16 octobre 2001 à 10.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration;
- Rapport du commissaire aux comptes;
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000 et affectation des résultats;
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
- Renouvellement du mandat des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes;
- Décision à prendre quant à la poursuite de l'activité de la société malgré la perte reportée.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (04346/755/18)

Le Conseil d'Administration.

B.A.R.T. S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 40.048.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra devant notaire au siège social, le 15 octobre 2001 à 11.30 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- Modification de la première phrase de l'article 12 des statuts, qui aura dorénavant la teneur suivante:
«**Art. 12. Première phrase.** Vis-à-vis des tiers, la société est engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux administrateurs ou par la signature individuelle d'un délégué du conseil dans les limites de ses pouvoirs.»

II (04348/534/14)

Le Conseil d'Administration.

COMPAGE GRUPPO MEDIOBANCA, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2093 Luxembourg, 10A, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 65.834.

Notice is hereby given that the

ANNUAL GENERAL MEETING

of Shareholders (the «Meeting») of COMPAGE GRUPPO MEDIOBANCA, SICAV (the «Fund») will be held at the registered office of the Fund, as set out above, on *October 18, 2001* at 2.00 p.m., for the purpose of considering the following agenda:

Agenda:

1. Reports of the Board of Directors and of the Auditor for the accounting year ended June 30, 2001.
2. Approval of the Annual Accounts for the accounting year ended June 30, 2001.
3. Allocation of the results.
4. Discharge to the Directors in respect of the execution of their mandates for the accounting year ended June 30, 2001.
5. Composition of the Board of Directors and re-election of the Directors.
6. Re-election of the Auditor.
7. Miscellaneous.

The present notice and a form of proxy are sent to all registered shareholders on record as at September 26, 2001.

In order to attend the Meeting, the holders of bearer shares are required to deposit their share certificates five days before the Meeting at the registered office of the Fund, where forms of proxy are available.

Registered shareholders have to inform the Board of Directors by mail (letter or form of proxy) of their intention to attend the Meeting five days before this latter.

II (04390/755/25)

By order of the Board of Directors.

AVIN HOLDINGS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.
R. C. Luxembourg B 36.207.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 15 octobre 2001 à 14.00 heures au siège social.

Ordre du jour:

1. Acceptation de la démission du commissaire aux comptes de la société.
2. Nomination d'un nouveau commissaire aux comptes de la société.
3. Divers.

II (04396/595/13)

Le Conseil d'Administration.

PRO-COM STUDIO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1941 Luxembourg, 241, route de Longwy.
R. C. Luxembourg B 74.535.

Les actionnaires de la société sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le lundi 15 octobre 2001 à 11.00 heures, au siège social.

Ordre du jour:

1. Décision de prononcer la dissolution de la société et de procéder à sa mise en liquidation.
2. Nomination d'un ou de plusieurs liquidateurs et détermination de leurs pouvoirs.

Le Conseil d'Administration

Signature

II (04406/000/14)

exatis, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2520 Luxembourg, 39, allée Scheffer.
R. C. Luxembourg B 35.428.

Le Conseil d'Administration de la Société sous rubrique a l'honneur de convoquer les Actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le lundi 15 octobre 2001 à 10.00 heures, au siège social de la Société, à l'effet de délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'administration et du Réviseur d'Entreprises.
2. Approbation des états financiers au 30 juin 2001.
3. Affectation des résultats.
4. Décharge aux Administrateurs pour l'exercice de leur mandat au cours de l'exercice clos le 30 juin 2001.
5. Ratification de la cooptation et nomination de M. Laurent Facque.
6. Renouvellement de mandats d'administrateurs.
7. Renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises.
8. Divers.

Les actionnaires sont informés que l'Assemblée n'a pas besoin de quorum pour délibérer valablement. Les résolutions pour être valables, doivent réunir la majorité des voix des actionnaires présents ou représentés.

Les actionnaires détenteurs d'actions au porteur qui désirent participer à l'Assemblée Générale Ordinaire, sont priés d'effectuer le dépôt de leurs titres deux jours francs avant la date de l'Assemblée au siège social de la Société.

Les actionnaires nominatifs qui désirent prendre part à l'Assemblée Générale Ordinaire sont priés de faire connaître à la Société, deux jours francs au moins avant l'Assemblée, leur intention d'y participer. Ils y seront admis sur justification de leur identité.

Le rapport annuel au 30 juin 2001 est à disposition des actionnaires au Siège social de la Société.

II (04408/755/28)

Le Conseil d'Administration.
